

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4062 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltrige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 204.

Freitag, den 1. September 1905.

12. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Das Ringen ist aus!

+ Wie wir gestern bereits kurz mitteilen konnten, ist auf der Friedenskongress in Portsmouth eine vollständige Einigung über alle differenzierbaren Punkte herbeigeführt worden. Damit hat das blutige Drama in Ostasien sein Ende erreicht, jenes Drama, das ungerächten Menschen Leben und Gesundheit gekostet, das aber auch eisernerweise den hochfliegenden Wetteroberungsplänen des zaristischen Rußlands ein für allemal eine totale Vernichtung bereitet hat.

Was hat Japan, wie gestern gleichfalls kurz mitgeteilt, in allen noch kritischen Fragen nachgegeben; es hat auf die Zahlung einer Kriegsschadensentschädigung verzichtet; es hat sich auch damit einverstanden erklärt, daß die Insel Sachalin zwischen Rußland und Japan geteilt werden soll. Japan erhält ohne Zahlung einer Rückkaufsumme den südlichen, also den besten Teil Sachalins. Die nachgiebige Haltung Japans mag manchem befremdlich erscheinen. Und dennoch wird sie jedem erklärlich, wenn man die Gründe hört. Ein der Regierung in Tokio sehr nahestehender Japaner teilte dem Korrespondenten der „Frankf. Bg.“ in Portsmouth hierüber folgendes mit: Wir haben das Ziel, weshalb der Krieg begonnen, erreicht, nämlich das Zurückdrängen des russischen Einflusses aus Korea und unserer äußersten Verteidigungslinie, Rußlands Entferrnung aus der Mandschurei und die Anerkennung der offenen Tür dort. Da russisches Gebiet von uns nicht besetzt wurde, ist unser Anspruch auf Judenreue nicht unbefriedigt. Wenn wir weiter gekämpft hätten, wäre vielleicht Blablaboo gefallen, aber auch dann wäre Rußland nicht unbedingt zum Frieden gezwungen gewesen und das Ende wäre nicht vorauszusehen. Deshalb geben wir in der Judenreue nach, die nicht ein bloßes Interesse für Japan bedeutet. Wichtig ist, daß das Volk anders denkt, auch die Opposition im Parlament wird wachsen; aber viele Gebilde werden die Gründe der Regierung zum Maßgeben anerkennen. Außer der Diskussion des Weltfriedensvertrages wurde in der gestrigen Nachmittagskonferenz auch der Artikel über die Mandschurei und die Mandschurei festgelegt. Ferner wurde bezüglich der ostchinesischen Eisenbahn bestimmt, daß sie ganz unter japanischer Kontrolle gestellt werden soll, falls China dies zugeht. Die Güter Rußlands und Japans sollen gleiche Transitvergünstigungen genießen.

Die Hauptveranlassung zur japanischen Nachgiebigkeit dürfte jedoch wohl darin zu erblicken sein, daß dem Kaiserreich die weitere Fortführung des Krieges speziel finanziellen Standpunkt aus bedenklich erschien. Weiter über dürfte der Rußland maßgebend gewesen sein, daß eine Welterweiterung des Krieges und evtl. völlige Niederlage Rußlands dessen vollständigen Bankrott und damit schwere Schädigungen europäischer Kapitalien im Besolge gehabt hätte. Dann aber wären ohne Frage die europäischen Staaten über das erschöpfte Kaiserreich hergefallen und hätten ihm mindestens schwere Schädigungen zugefügt. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet ist Japans Verhalten politisch klug.

Der Abschluß des Friedensvertrages erwartet man Ende dieser Woche. Derselbe wird noch eine Klausel enthalten, die einen Handelsvertrag zwischen Rußland und Japan mit bevorzügter Meistbegünstigung vorsieht. — Ueber verschiedene Einzelheiten des Vertrages wird erst nach dem definitiven Abschluß resp. der Veröffentlichung desselben zurückzukommen sein.

Das Menschenmordende Ringen ist aus, zur nicht geringen Freude eines jeden Menschen, der noch nicht völlig vertirrt ist.

Was wird nun die Folge sein? Japan wird sich weiter entwickeln auf dem Wege zu einer konkurrierenden Macht auf dem Weltmarkt. Für Rußland dagegen wird es keine Zeit der friedlichen Entwicklung geben. Der Kampf unserer russischen Brüder und Schwestern um die Freiheit — er wird auch nach Beendigung des Krieges weitergeführt werden müssen. Hoffentlich bilden die rückkehrenden Truppen einen nicht geringen Teil der Freiheitsarmee, damit recht bald das Parentum vollständig gestürzt und damit die Bahn geebnet wird für eine ruhige, gedeihliche Weiterentwicklung des freien Rußlands!

Politische Klatschereien.

Deutschland.

Erpressung des guten Rufes. Die deutsche Regierung hält etwas auf eine „gute“ Presse. Fürst Bismarck läßt es sich gern von der „Times“ bestätigen, daß er ein moderner Europäer ist. Das Wolffsche Bureau übermittelt ebenso gern der deutschen Presse Artikel des „Wiener Fremdenblattes“ oder des Paster „Lloyd“, aus

denen hervorgehen soll, wie populär der deutsche Kaiser im Ausland ist. Zu solchen gern gesehenen kleinen Nebenprodukten sind die „Lombardierenden Generale“ des Auslands, die nach Berlin betrielt sind, meist gerne bereit. Denn wenn man ein oder zwei Jahre treu und sorglos christlich gedient hat, so erlebt man es wohl, daß man eines Tages in der Wilhelmstraße zu Berlin eine wichtige Nachricht 12 Stunden früher als alle übrige Welt erhält und mit sehr dringenden Depesche die ganze Kontinenz schlägt.

Solche kleine Mittel sind im Inland wie im Auslande gleich beliebt, und über ihre Anwendung regt man sich auch nicht weiter auf. Es ist das eine gelinde Form der Prebendation, die von den meisten Regierungen geliebt wird, und da wir nicht den Anspruch erheben, unsere Regierung im Punkte der Verschwendung „in der Welt voran“ marschieren zu sehen, dürfte man die Sache auf sich beruhen lassen.

Jedes haben mehrere Erfahrungen wieder davon erlernet, daß man in der Wilhelmstraße auch noch andere Klatsche verstreut als das alteproble Kaufgeschäft „Voh gegen Rußland“. — Vor kurzem ist nämlich aus Berlin der korrespondent eines Amsterdamer holländischen Blattes, des „Algemeen Handelsblad“, Herr G. van Vaten, als lästiger Ausländer ausgewiesen worden, weil er... hoch darüber lassen wir am besten die Berliner selbst die „Deutsche Wochenschrift“ für die Niederlande und Belgien“ reden, die die deutsche Regierung gegen Angehörige des holländischen Preßes wie folgt vorkündigt:

Estouren können wir über die Ausweisung... nicht. Denn solange wir uns erinnern können, seit der Herr G. van Vaten die deutschen Zustände durch in Frau. Meis mit Rat d. J. haben wir ihn dreimal der Gehässigkeit und Unwahrheit gezeihen, nämlich, als er den deutschen Journalistenstand in den Staub zog und nur die sozialdemokratische Presse als unabhängig bezeichnete, als er den Einzug des kaiserlichen Baars mit hässlichen Worten begleitete und dann, als er vorliegenden Deutschen des Auslands mit unwahren Behauptungen in's Gesicht schlug. Man fügte, daß diesen Angriffen ein förmliches Entree zugrunde lag. Herr G. van Vaten unterscheidet zwischen dem deutschen Volke und seiner Regierung gemacht hat... Vor zwei Jahren hatte man über die Herr G. van Vaten gewarnt, daß die deutsche Regierung nicht mit ihm spielen darf; er selbst hat es in ironischer Weise häufig bezeugt. Trotzdem fährt er fort, den Löwen in seiner Höhle zu reizen, indem er das Volk gegen die Regierung ausspielt. Das ist, milde gesagt, unvorsichtig.

Dieses Dokument preussischen Vollgeistes ist in den Niederlanden gedruckt verbreitet worden und beginnt zur Zeit die ausländische und inländische Presse zu beschäftigen. Ein Journalist hat gewagt zu behaupten, daß das deutsche Volk besser sei als die preussische Regierung, er hat die offenkundige Tatsache behauptet, daß die deutsche holländische Presse korrupt und nur die sozialdemokratische Presse arbeitslos sei, um seiner Niedertracht die Krone aufzusetzen, hat er sich über die kaiserliche Hochverratliche unehrliche Gemeinungen erlaubt. Ist es nicht die reine Gabel von der preussischen Regierung, daß sie sich begnügt, ein so verkommenes Subjekt mit dem Mittel über die Grenze zu jagen, anstatt es verdienstmäßig zu stellen und rüden zu lassen?

So weit handelt es sich freilich nur um eine Klatsche der preussischen Vollregierung vor dem Auslande, wie sie nicht zum erstenmal passiert.

Was aber die Sache geradezu zu einem europäischen Skandal auszuwachsen läßt, das ist die Mitteilung der Tatsache, daß der ausgewiesene Schwerverbrecher vor zwei Jahren gewarnt worden ist. Die preussische Regierung hat versucht, dem Vertreter eines ausländischen Blattes eine bessere Meinung über deutsche Zustände beizubringen, indem sie ihm mit dem Titel der Ausweisung bedrohte. Das also ist die Rehrseite der Medaille, das ist die Pöbel, die beim Zuckerbrot liegt. Entweder Bekämpfung durch Nachrichtenhandel oder Erpressung durch Drohung mit der Polizei — eines von diesen beiden Mitteln muß hien.

Die Katholikentage sind unsererseits schon zu verschiedenen Malen als das gekennzeichnet worden, was sie sind: Paradeaufstellungen des Zentrums. Einer weiteren Beweise für die Wichtigkeit dieser Veranstaltung liefert die „Mit. Bg.“: In Erinnerung daran, daß in Regensburg ausdrücklich und wiederholt alle Katholiken ohne Ausnahme eingeladen und aufgefordert wurden, zur Katholikerversammlung zu kommen, dort ihre Meinungen auszusprechen und ihre Anträge vorzubringen, hatte nämlich die nach dem berühmten F. G. Kraus für nennende Münchener „Krausgesellschaft“ den folgenden Antrag eingereicht:

„Die 52. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begrüßt die innerhalb der katholischen Kirche aufgetretenen Bestrebungen, die den Glauben vorbeugen wollen,

die der Religion daraus erwachsen müssen, wenn 1. die Angehörigen eines religiösen Bekenntnisses als solche für eine bestimmte politische Partei in Anspruch genommen werden; 2. die Diener einer Religionsgemeinschaft ihr auf ihrer Stellung beruhendes Ansehen oder sogar ihre amtliche Tätigkeit dazu benutzen, um die Angehörigen ihrer Religionsgemeinschaft im Sinne einer politischen Partei zu beizufassen.“

Dieser Antrag war in dem am ersten Versammlungstage publizierten Verzeichnis der den Ausschüssen zugewiesenen Anträge nicht enthalten; erst nachträglich empfing die Gesellschaft ein Schreiben des Vollkomitees vom 16. August, worin dem Vorsitzenden mitgeteilt wurde, daß die Rednerkommission die im Namen der Krausgesellschaft eingebrachten Anträge abgelehnt hat, weil in diesen Anträgen (1) verallgemeinerte Vorwürfe gegen den katholischen Klerus (2) erhoben werden, die nicht zutreffend sind, und weil ferner diese Anträge in die Kompetenz der hochwürdigen Herren Bischöfe eingreifen, die nicht zu entscheiden haben, ob und wie weit Bischöfe sich mit Politik beschäftigen dürfen oder nicht. Durch diese Ablehnung wurde den Vertretern der Krausgesellschaft erst bekannt, daß in Regensburg eine wesentliche Veränderung der Satzungen der „Katholikentage“ erfolgt war. Seither hat eine aus dem Vollkomitee und dem Zentralkomitee sowie anderen von ihnen beizuziehenden Mitgliedern bestehende „Kommission“ das Recht, jeden Antrag, der ihr nicht gefällt, unter dem Tisch fallen zu lassen und der Generalversammlung vorzuenthalten, ohne ihr auch nur Mitteilung davon zu machen. Durch diese Änderung der Satzungen war das Geschick des Antrages der Krausgesellschaft natürlich von vornherein entschieden. — Das Recht der freien Meinungsäußerung wird zwar den Katholiken einräumt, sie dürfen aber belächelt nicht von diesem Recht Gebrauch machen.

Wofür Geld da ist! Die Stadtratsordnen in Danzig nahmen mit überwältigender Mehrheit die Magistratsvorlage an, wonach 50000 Mark für den Empfang der englischen Flotte bewilligt wurden.

Es geschähen Zeichen und Wunder! Der stramm agrarische „Reichsbote“ schreibt, jedenfalls zum nicht geringen Staunen seiner konservativen Leser: Die Agitation nimmt immer größere Dimensionen an, und man kann es kaum nur bedauern, daß der Minister n. Bodschleier nicht gleich die Petition der Oberkammer genehmigte und das wichtige Einjahrlohnsteuern von 1300 auf 2500 Scheweine vermehrte. Der Minister hätte die Erlaubnis zur Erhöhung des Kontingents um so eher ohne Nachteil für die Landwirtschaft geben können, als die Viehpreise auch im Auslande sehr hoch sind, so daß sie also einen bedeutenden Druck auf unsere heimische Viehpreise gar nicht ausüben könnten. — Es ist bezweifelnd, daß selbst die konservative Presse sich dem Verhalten des Ministers kritisch gegenüberstellt. Willst du nicht das!

Wieder eine Hofmännchen. Zum 1. Oktober soll die Uniform der Jäger wesentlich verändert werden. Es ist nur schade, daß nicht diejenigen die Kosten für diese Veränderungen zu tragen haben, welche sie anordnen, sondern das deutsche Volk.

Von den Reichsfinanzen. Der „Reichsanzeiger“ teilt endlich, sechs Wochen später als sonst, über die Ergebnisse des Reichshaushalts-Etats für 1904 mit: Nach dem Finalabschluß der Reichshauptkasse befreit sich der gefamte Mehrbedarf gegen den Etat auf rund 18373450 M. Für die Verwaltung und Berginsung der Reichsstaatsbank ergab eine Mehrausgabe von 7329000 M. Bei dem Favalidenfonds entstand infolge der verstärkten Fürsorge für Kriegsinvaliden eine Mehrausgabe von 10499000 M. Die Ausgaben der Marineverwaltung überschritten den Etatsansatz um 1240000 M. Dagegen steht bei dem Reichsheer eine Gesamterparnis von 2984000 M. und beim allgemeinen Pensionsfonds eine Gesamteinsparnis von 1716000 M. Na ordentlichen Einnahmen sind, soweit sie im Rathe verbleiben, 9814000 M. gegen den Etatsansatz mehr auf gekommen. Da der über den Etat hinausgehende Bedarf, wie oben erwähnt, insgesamt 18373450 M. beträgt, so ergibt sich das Rechnungsjahr 1904 ein Fehlbetrag von 8559000 Mark. Wäre, so schließt der „Reichsanzeiger“ für die Zwecke des Reichsinvalidenfonds ein Vorkauf von 10050000 Mark nicht zu leisten gewesen, so würde der Reichshaushalt für 1904 mit einem Überschusse von rund 1494000 M. abgeschlossen haben.

Gegen den Fleischwucher hat auch der internationale Verein der Gasthofbesitzer zu Köln in einer Eingabe an den Landwirtschaftsminister Stellung genommen. — In einer ganzen Reihe Städte wurden Protestversammlungen gegen den Fleischwucher abgehalten.

Oberschleifische Polizeikräfte. Man schreibt dem „Vorw.“ aus Bregenz: In diesen Tagen fand eine charak-

Im einzelnen verteilen sich Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1904 bis 31. Juli 1905.

A. Einnahmen.

Im Monat	Insgesamt		Von den gesamten Einnahmen entfielen auf:															
			Allgemeine Einnahmen		Darlehens-Konto		Zinsen		Ueberschuß des "Borw."		Ueberschuß der "Wahrentschädigung"		Ueberschuß des "Wahren Falob"		Nordische Wasserrente		Verschiedene Einnahmen	
	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.
1904																		
August	27048	68	21948	68	—	—	100	—	—	—	—	—	5000	—	—	—	—	—
September	57414	39	29203	64	75	—	3135	75	—	—	—	25000	—	—	—	—	—	—
Oktober	98821	01	23527	96	—	—	—	—	9098	05	—	—	—	—	—	—	60000	—
November	22118	06	19225	92	1500	—	350	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1037
December	79478	99	15871	59	30000	—	8596	50	—	—	—	25000	—	—	—	—	—	10
1905																		
Januar	51516	01	18844	91	4137	50	1673	75	21859	85	—	—	5000	—	—	—	—	—
Februar	84487	—	13457	50	17000	—	3082	—	—	—	—	—	—	—	50000	—	—	—
März	42930	22	29694	15	550	—	265	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
April	84194	13	27605	38	—	—	4247	70	27912	50	16000	—	5000	—	—	—	—	—
Mai	24515	50	24230	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juni	43446	07	28379	07	2000	—	8022	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	107154	13	48036	93	—	—	2921	90	25662	30	35000	—	—	—	—	—	—	—
723069 14 295026 18 55262 50 33247 60 84527 70 95000 1 26000 110000 24005 16																		

Hierzu Bestand vom 31. Juli 1904

723069,14 Mr.
28528,67 Pf.
746597,81 Mr.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt		Von den gesamten Ausgaben entfielen auf:																
			Allgem. Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Broschüren- und Gesandnis-Kosten		Reichstags-Kosten		Geschäfte und Verwalt.-Ausgab.		Darlehens-Konto		Büch.-Unterstützung.		Verschiedene Ausg.
	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	
1904																			
August	12799	33	4879	20	1000	—	1695	—	2398	—	—	—	1743	83	—	—	850	—	320
September	15728	55	10653	95	—	—	1515	50	1177	70	—	—	1683	10	—	—	250	—	498
Oktober	26459	57	9022	25	2000	—	671	—	470	20	—	—	5829	02	6000	—	2250	—	147
November	34799	29	5385	80	5036	—	1435	50	42	50	—	—	1810	55	18950	—	1150	—	589
December	38519	50	7156	95	5697	35	1071	50	1690	—	6230	—	1936	35	13900	—	850	—	77
1905																			
Januar	72614	—	11012	35	7036	60	36541	—	311	05	5300	—	3718	10	7000	—	1470	—	221
Februar	22121	—	6217	70	2300	—	1675	50	360	—	7051	—	2266	15	—	—	970	—	380
März	52255	19	7463	90	2000	—	1755	—	880	75	11500	—	2111	20	22000	—	4170	—	41
April	38771	76	13628	60	—	—	1424	50	159	50	1690	—	4109	80	10180	—	6270	—	1099
Mai	51263	10	6131	90	1500	—	13915	—	947	60	7200	—	2176	—	15150	—	3690	—	42
Juni	55126	60	6040	90	8395	15	1730	—	2234	45	43	—	2963	160	30000	—	3270	—	119
Juli	78759	83	23391	48	8067	60	1776	70	298	—	—	—	3326	05	28361	—	10970	—	2596
499118 54 111284 98 13032 70 65206 20 10789 75 39827 1 33724 05 15214 1 36670 1 6439 86																			

Ausgabe für Kapitalanlage
Staffenbestand am 31. Juli 1905

499 118,54 Mr.
22 587,29 Pf.
22 891,98 Mr.
746 597,81 Mr.

Berlin, den 17. August 1905.

S. Meister. S. Moenen. Revidiert und für richtig befunden: Dr. Brühne. W. Bod. Fr. Ehrhart. Clara Zettin. Eug. Staben. Ad. Ged.

C. Ausgaben für die Parteipresse:

Nachener Ausgabe der „N. Btg.“	Mr. 2750,—
„Böhmischer Volksblatt“	5500,—
„Erfolger Volksblatt“	8300,—
„Königsberger Volkszeitung und „Landbote“	3300,—
„Sünderburger Volksblatt“	1000,—
„Saalfelder Blätter“	1320,—
„Saarbote“	5500,—
„Stettiner Volksbote“	6000,—
„Straßburger Freie Presse“	3000,—
Mr. 36 670,—	

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

1) In dieser Summe sind auch die 25 000 Mr. enthalten, die den freikommenden Vergleichen des Ruhepensions aus Parteimitteln bewilligt wurden.

2) In dieser Rubrik befinden sich außer den üblichen Ausgaben für Geschäfte und Hilfskräfte, Porto und Telegrammgebühren, Kosten der Kassenrevision usw., die Miete

schlechte Handlungen vorfielen, ließ sich allerdings nicht leugnen; die ganze Postkammer waren ungeschicklich, wenn auch freilich nicht mehr in dem Maße, in dem sie geschäftlich wurden. Demzufolge hatten sich auch die meisten Einwanderer, die sich ein Land ohne Postzeitung nicht recht denken konnten, mit allen zur tragbaren Waffen und Wehren reichlich versehen, und Gewehre, Dolche und Pistolen spielten bei dem Minenpöbel eine nicht unbedeutende Rolle. Das non plus ultra dieser fast krankhaften Selbstschußmanie bot aber ein kleiner Trupp von Deuten, die gerade über die Plaza zogen und allerdings der auf sie gewandten Aufmerksamkeit wert waren.

Die kleine Gesellschaft bestand aus fünf Personen, deren Führer, eine fast riesengroße Gestalt mit krawattenschwarzem Bart und mächtigem Schulterbau, gravitätisch voranschritt. Der Mann, der sicher seine sieben Fuß in den Schuhen stand, trug einen breitrandigen weißen Filzhut, eine grüne Bluse und lichte Beinlender, um den Leib aber einen etwa fünf Zoll breiten weißlackierten Ledergürtel, und an diesem einen riesigen Ballast, der hinter ihm klirrend den trockenen Staub aufwühlte. Neben dem Ballast aber hing noch ein wäghiger Hirschfänger mit Hirschhorngriff, wahrscheinlich zu engem Handgemenge bestimmt, und neben diesem wieder ein etwa achtzehn Zoll langer Messfänger, zum Zusammenklappen, aber ebenfalls in einer Scheide. Rechts im Gürtel saß außerdem ein Dolch, mit Terzerolläufen daran, und zwei doppelseitige Pistolen füllten den vorderen Raum aus. Zugleich hing ihm über der Schulter eine leichte Vogelstange von enormem Kaliber. Trotzdem postete zu dieser wahrhaft bergweiserten Armierung das Gesicht des Mannes keineswegs, der mit seinen roten Wangen und trennerartigen blauen Augen

für die Räume des Parteibüros und des Archivs, die sachlichen und persönlichen Ausgaben für das Fraktionssekretariat, Kosten für Reservierungen für das Archiv usw.

Aus Maß und Fern.

Eine Wiederaufnahme der Detmolder Briefaffäre. Die im vergangenen Frühjahr vor dem Detmolder Schwurgericht zur Verhandlung gekommene anonyme Briefaffäre endete bekanntlich mit der Verurteilung der wegen Mordanschlags angeklagten Ehefrau des Fabrikanten Paul Knacht zu Zuchthausstrafe. Während der Zeit nun, in welcher Frau Knacht sich in strenger Haft befand, sind vier neue anonyme Schreiben eingelaufen, deren Ähnlichkeit in Schrift und Stil mit den übrigen anonymen Schreiben auch dem Laien auffallen mußte. Die Verteidiger haben diese vier Briefe den Schreibfachverständigen vorgelegt, die zu dem einstimmigen Urteil gekommen sind, daß der Schreiber der letzten vier

gar gutmütig und freundlich, ja sogar etwas erschauert unheimlich. Möglich, daß er geglaubt hatte, er würde sich bei seiner Landung jeden Zoll breit des Bodens mit der blanken Waffe erkämpfen müssen, und er schien nun überrascht zu sein, nirgends auch nur auf den geringsten Widerstand zu stoßen. Komisch aber wurde sein Erscheinen durch seine vier Begleiter, zu denen er sich — vielleicht absichtlich — den kleinsten Menschenhügel schien ausgesucht zu haben. Die vier kleinen Burtschen, die ihm folgten, und von denen keiner selbst das Militärmaß haben konnte, trugen dabei ebensolche Wäute und Kleider wie er, — nur allerdings in verjüngtem Maßstab, — auch fehlte ihnen der Ballast, denn ihre Bewaffnung begann bei dem Hirschfänger, der auch besser zu ihrer Statur paßte. Sonst waren sie gleichfalls reichlich mit Dolchen und Pistolen bewaffnet, und zogen dabei einen kleinen vierrädrigen Handwagen, wahrscheinlich mit ihrem Gepäck. Ein großer und vier kleine Koffer fanden wenigstens darauf, von einer Garnitur von Säufeln, Spießhaken, Blechpfeifen, Kochgeschirr und Regenschirmen umgeben, und die vier kleinen Riesen, von denen zwei wahrscheinlich abwechselnd zogen und die anderen beiden mit der Platte auf der Schulter als Wache hinterdrein marschierten, folgten dem großen Riesen vertrauensvoll, wohin er sie führen würde.

Es waren übrigens unverkennbar Deutsche — schon die baumwollenen Regenschirme verrieten das, hätte sie auch nur ein Zug ihrer Riemen oder ein Stück ihrer Kleider Bänder gestrafft, und still und schweigend, ohne sich um irgend jemand zu bekümmern, schritten sie über die Plaza hin und verschwanden bald in einer der nach Westen führenden Seitenstraßen. (Fortsetzung folgt.)

Briefe identisch mit dem der ersten Briefe ist. Das Landgericht Detmold hat nun beschlossen, diese vier Briefe den Schreibfachverständigen Dr. Boof Düsseldorf und Dr. Meier Berlin zur Prüfung vorzulegen. Gleichzeitig hat es anerkannt, daß der Antrag der Verteidigung, das Verfahren wieder aufzunehmen, berechtigt ist. Sollten sich die beiden letztgenannten Schreibfachverständigen dem Urteil ihrer Kollegen anschließen, so ist die Wiederaufrollung des Prozesses gewiß. Der Antrag der Verteidiger, die Strafvollstreckung hinauszuschieben, hatte das Landgericht wegen ungenügender Begründung des Antrages abgelehnt. Grafregent Leopold von Lippe hat nun im Gnadenwege die Strafvollstreckung hinauszuschieben. Frau Martha Knacht befindet sich seit Verkündung des Urteils in strenger Einzelhaft im Landgerichtsgebäude zu Detmold.

Hannover, 17. August. Am Dienstag beging der einjährig-Freiwillige S. von der 11. Kompanie des 74. Infanterieregiments Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Schläfe jagte. Die Tat erfolgte, als S. wegen schwerer Vergehen gegen § 176 des Strafgesetzbuches verhaftet werden sollte. Freitag früh wurden weitere fünf Befehle erlassen gegen einen Referendar und einen auswärtigen Musikdirektor und Komponisten. Weitere Verhaftungen in der Angelegenheit sollen noch bevorstehen.

Verdorbene Milch. Aus Madrid wird gemeldet: In einem Stadtviertel erkrankten 70 Personen infolge Genusses verdorbener Milch. Mehrere Personen schweben in Todesgefahr. Eine Anzahl Milchhändler wurde verhaftet.

Stadtesamtlige Nachrichten

vom 20. bis 26. August 1905.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

11. August. Kellner L. J. F. C. Martinen. 15. Kolonialwarenhandler F. J. J. Dantert. Arbeiter B. F. Mhr. 16. Tischler J. G. W. Müller. Arbeiter F. J. M. Gdes. 17. Arbeiter L. G. W. Gudoffski. Schneider M. A. Mohde. Straßenbahnführer W. G. W. Tag. Arbeiter G. A. F. Radloff. 18. Arbeiter G. H. J. Schnoor. Bauunternehmer J. A. Th. F. Müller. Goleitender C. F. Heberg. Ober-Telegraphen-Assistent B. H. A. Ewald. 19. Landmann W. J. C. Gers. Kutscher J. G. V. Blunthaber. Tapezier F. M. Th. F. Harms. Arbeiter A. G. Oldörp. 20. Expedient F. W. Lokomotivheizer D. F. Postel. Fabrikarbeiter J. G. Schubert. Arbeiter D. G. F. Kolboom. Arbeiter G. W. M. Hüppner. 21. Arbeiter C. F. Mamm. Zimmermann J. G. F. Wöhle. Schugmann W. J. G. Schulz. Schlosser W. F. A. Schuhmacher. Arbeiter A. G. G. Gdich. Arbeiter G. Kauffmann. 22. Bankbeamter W. F. C. Grün. 23. Schmied G. F. J. Jagen.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

12. August. Arbeiter W. G. H. Timde. 14. Träger G. J. B. Bed. 15. Arbeiter F. W. G. H. Weichenborn. Bäcker G. J. Treppau. 17. Tischler F. M. G. Boss. 18. Eisenbahn-Wagenführer J. G. W. Sager. Kutscher C. A. G. J. Koeffer. Eisenbahnbeamter J. G. Niemeyer. 19. Arbeiter G. A. M. Schreiber. Arbeiter B. F. C. Miron. 21. Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. G. G. Klüstermann. Heizer A. H. A. Wient. 22. Kapitan J. F. Preis. Steinseher A. G. H. Fied. Tischler R. G. D. Schey. Buchhalter C. G. J. Schnoor. 23. Lohgerber J. G. Schlüter. Maschinist G. G. Thomä. 24. Lagermeister G. F. Th. G. Wulff. 25. Gastwirt G. Käfelau. 26. Malermeister D. J. G. G. Schmidt.

Sterbefälle.

18. August. Vorarbeiter J. G. Th. Böskom, 46 J. 19. G. F. A. Pauls, 22 J. G. H. Peilert. 20. Oberkellner G. A. F. M. Jüchod und J. D. W. J. Lichtwart, beide zu Marlow. 23. Kaufmann M. Heinberg und C. H. Schlomer. 24. Maschinenhändler G. H. A. Wengler und A. F. A. Konert. Arbeiter D. G. Bassarge und C. A. M. Lembd. Kunstgärtner C. F. W. Grene und A. F. Lindhardt. Arbeiter Th. G. J. Mathiesien und G. A. Fröhlich. 25. Maurer W. R. G. F. Hubert zu Hamburg und C. W. E. Delater. Maschinenhändler J. Gollwiger und J. M. E. Appel. Steuermann A. G. A. Fischer und A. D. J. Tesch. 26. Arbeiter J. G. H. Bredberg und L. W. A. Alwart. Kaufmann C. G. F. Wölfer und A. J. M. Schulz. Lehrer G. J. C. Holt und M. G. C. Knabjohann.

Angeordnete Angebote.

21. August. Schiffsoffizier E. F. Hansen zu Bremerhaven und G. G. H. Peilert. 22. Oberkellner G. A. F. M. Jüchod und J. D. W. J. Lichtwart, beide zu Marlow. 23. Kaufmann M. Heinberg und C. H. Schlomer. 24. Maschinenhändler G. H. A. Wengler und A. F. A. Konert. Arbeiter D. G. Bassarge und C. A. M. Lembd. Kunstgärtner C. F. W. Grene und A. F. Lindhardt. Arbeiter Th. G. J. Mathiesien und G. A. Fröhlich. 25. Maurer W. R. G. F. Hubert zu Hamburg und C. W. E. Delater. Maschinenhändler J. Gollwiger und J. M. E. Appel. Steuermann A. G. A. Fischer und A. D. J. Tesch. 26. Arbeiter J. G. H. Bredberg und L. W. A. Alwart. Kaufmann C. G. F. Wölfer und A. J. M. Schulz. Lehrer G. J. C. Holt und M. G. C. Knabjohann.

Geschäftsmessungen.

21. August. Schächter M. Schwerner zu Fulda und L. Goldschmidt. Kaufmann G. Victor zu Krugersdorf (Transvaal-Kolonie) und M. Jacobien. 22. Arbeiter C. G. H. Kost und C. M. C. Krieger zu Gölziden. Kaufmann F. J. W. Bagels und A. W. G. Lübeck. Redakteur F. G. Wulff und C. D. A. Buch. Bureauamter L. C. G. E. Bahr und F. M. D. Heimers. 23. Maler J. C. E. Wegner und F. G. S. Rath. 24. Bureauvorsteher C. D. Hannemann und J. D. E. Lanau. Geschäftsfreisender G. J. A. C. Büggen und G. A. A. Hammerin. Restaurateur A. F. Weiphal zu Kiel und J. M. J. Glau. 25. Tischler F. J. D. Petermann und C. E. Maria Gah. Kaufmann C. Radloff und M. J. C. Hübl. 26. Sergeant und Bataillonschreiber C. G. B. Sommer und C. A. F. Kiedhof. Arbeiter F. G. H. Meyer und A. W. E. C. Braasch. Kontorbote F. J. G. Carsten und G. L. E. geschriebene Junge geb. Gidde. Arbeiter L. G. W. J. Behrens und J. M. C. E. Kumpf. Obergärtner F. G. F. Karstedt zu Wandshel und J. A. D. Dobbertin. Arbeiter M. D. J. G. Müller und C. A. S. Ginzmann. Kaufmann R. G. Rindt zu Mainz und Th. G. H. Heinrich.

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verleger Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 204.

Freitag, den 1. September 1905.

12. Jahrg.

Starga eine Beilage.

Das Ningen ist aus!

Wie wir gestern bereits kurz mitteilen konnten, ist auf der Friedenskonferenz in Portsmouth eine vollständige Einigung über alle differenzierenden Punkte herbeigeführt worden. Damit hat das blutige Drama in Ostasien sein Ende erreicht, jenes Drama, das unglücklichen Menschen Leben und Gesundheit gekostet, das aber auch erschütternde Beweise der hochstehenden Weltkultur und der Vornehmheit des zaristischen Rußlands ein für allemal eine totale Vernichtung bereitet hat.

Japan hat Japan, wie gestern gleichfalls kurz mitgeteilt, in allen noch kritischen Fragen nachgegeben; es hat auf die Zahlung einer Kriegsentwädigung verzichtet; es hat sich auch damit einverstanden erklärt, daß die Insel Sachalin zwischen Rußland und Japan geteilt werden soll. Japan erhält ohne Zahlung einer Rückzahlungsumme den südlichen, also den besten Teil Sachalins. Die nachgiebige Haltung Japans mag manchem befremdlich erscheinen. Und dennoch ist sie jedem erklärlich, wenn man die Gründe hört. Ein der Regierung in Tokio sehr nahestehender Spanier teilte dem Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ in Portsmouth hierüber folgendes mit: Wir haben das Ziel, weshalb der Krieg begonnen, erreicht, nämlich das Zurückdrängen des russischen Einflusses aus Korea und unserer äußersten Verteidigungslinie, Rußlands Entferrnung aus der Mandchurie und die Anerkennung der offenen Tür dort. Das russische Gebiet von uns nicht besetzt wurde, ist unser Anspruch auf Judentum nicht unbedeutend. Wenn wir weiter gekämpft hätten, wäre vielleicht Abholzung gefallen, aber auch dann wäre Rußland nicht unbedingt zum Frieden gezwungen gewesen und das Ende wäre nicht vorauszusagen. Deshalb geben wir in der Judentumfrage nach, die nicht ein volles Interesse für Japan bedeutet. Wichtig ist, daß das Volk anders denkt, auch die Opposition im Parlament wird wachsen; aber viele Gebiete werden die Gründe der Regierung zum Nachgeben anerkennen. Außer der Diskussion des Meistbegünstigungsvertrages wurde in der gestrigen Nachmittagskonferenz auch der Artikel über die Mänung der Mandchurie festgestellt. Ferner wurde bezüglich der ostchinesischen Eisenbahn bestimmt, daß sie ganz unter japanischer Kontrolle gestellt werden soll, falls China dies zugeht. Die Güter Rußlands und Japans sollen gleiche Transportvergünstigungen genießen.

Die Hauptveranlassung zur japanischen Nachgiebigkeit dürfte jedoch wohl darin zu erblicken sein, daß dem Inselreich die weitere Fortführung des Krieges speziell vom finanziellen Standpunkt aus bedenklich erschien. Weiter aber dürfte der Umstand maßgebend gewesen sein, daß eine Weiterführung des Krieges eine völlige Niederlage Rußlands dessen vollständigen Bankrott und damit schwere Schädigungen europäischen Kapitals im Gefolge gehabt hätte. Dann aber wären ohne Frage die europäischen Staaten über das erschöpfte Inselreich hergefallen und hätten ihm mindestens schwere Schädigungen zugefügt. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet ist Japans Verhalten politisch klug.

Den Abschluß des Friedensvertrages erwartet man Ende dieser Woche. Derselbe wird noch eine Klausel enthalten, die einen Handelsvertrag zwischen Rußland und Japan mit beiderseitiger Meistbegünstigung vorsieht. — Ueber verschiedene Einzelheiten des Vertrages wird erst nach dem definitiven Abschluß resp. der Veröffentlichung desselben zurückzukommen sein.

Das menscheneuernde Ningen ist aus, zur nicht geringen Freude eines jeden Menschen, der noch nicht völlig versteinert ist.

Was wird aus die Folge sein? Japan wird sich weiter entwickeln auf dem Wege zu einer konkurrenzfähigen Macht auf dem Weltmarkt. Für Rußland dagegen wird es keine Zeit der friedlichen Entwicklung geben. Der Kampf unserer russischen Wäber und Schwestern um die Freiheit — er wird auch nach Beendigung des Krieges weitergeführt werden müssen. Hoffentlich bilden die zurückkehrenden Truppen einen nicht geringen Teil der Freiheitsarmee, damit recht bald das Barenten vollständig geklärt und damit die Wägen geerdnet wird für eine ruhige, geordnete Weiterentwicklung des freien Rußlands!

Politische Klatschereien.

Deutschland.

Erpressung des guten Rufes. Die deutsche Regierung hält etwas auf eine „gute“ Presse. Fürst Bülow läßt es sich gern von der „Times“ bestätigen, daß er ein moderner Europäer ist. Das Wolffsche Bureau übermittelt ebenso gern der deutschen Presse Artikel des „Wiener Fremdenblattes“ oder des „Post“ „Lohd“, aus denen hervorgehen soll, wie populär der deutsche Kaiser im Ausland ist. Zu solchen gern gesehenen kleinen Liebesdiensten sind die „sonnwendigen Generale“ des Auslands, die nach Berlin detachiert sind, meist gerne bereit. Denn wenn man ein oder zwei Jahre treu und zuzugewandt christlich gedient hat, so erlebt man es wohl, daß man eines Tages in der Wilhelmstraße zu Berlin eine wichtige Nachricht 12 Stunden früher als alle übrige Welt erhält und mit sehr dringenden Depeschen die ganze Kontinenz schlägt.

Solche kleine Mittel sind im Inland wie im Auslande gleich beliebt, und über ihre Anwendung regt man sich auch nicht weiter auf. Es ist das eine gelinde Form der Bestechung, die von den meisten Regierungen geübt wird, und da wir nicht den Anspruch erheben, unsere Regierung im Punkte der Pressefreiheit „in der Welt voran“ zu schieben zu sehen, blüht man die Sache auf sich beruhen lassen.

Indes haben neuere Erfahrungen wieder daran erinnert, daß man in der Wilhelmstraße auch noch andere Kräfte verstreut als das alteprobierte Täuschergeschäft „Lob gegen Nachrichten“. — Vor kurzem ist nämlich aus Berlin der Korrespondent eines amerikanischer hiesigen Blattes, des „Allgemeinen Handelsblatt“, Herr Cay van Nalen, als lästiger Ausländer ausgewiesen worden, weil er sich über die dortigen Verhältnisse in der Berliner „Deutsche Wochenzeitung“ für die Verleumdung und Verunglimpfung des Reiches in der deutschen Regierung gegen ihn die höchsten Befehle wie folgt vorlegte:

„Gestatten Sie mir über die Ausweisung... nicht. Denn solange wir uns einander kennen, seitdem Herr Cay die deutschen Zustände genau in der Weise, wie sie sind, haben wir ihn dreimal der Gerechtigkeit und Unwahrheit geziehen, nämlich, als er den deutschen Journalistenstand in den Staub zog und nur die sozialdemokratische Presse als anständig bezeichnete, als er den Einzug des sozialistischen Baars mit hässlichen Woffen begleitete und dann noch, als er vorzog, die Deutschen des Auslands mit unwahren Behauptungen ins Gesicht zu schlagen. Man fühlte, daß diesen Angriffen ein förmliches Entree zugrunde lag. Herr Cay geht nicht selbst ein, daß er stets einen scharfen Unterschied zwischen dem deutschen Volke und seiner Regierung gemacht hat... Vor zwei Jahren hatte man über die Herr Cay gewacht. Ihm war bekannt, daß die preussische Regierung nicht mit sich spielen läßt; er selbst hat es in ironischer Weise häufig bezeugt. Trotzdem sieht er fort, den Löwen in seiner Föhle zu reizen, indem er das Volk gegen die Regierung ausspielt. Das ist, milde gesagt, unvoßlich.“

Dieses Dokument preussischen Polizeigesichtes ist in den Niederlanden gedruckt verbreitet worden und bezeugt zur Zeit die ausländische und inländische Presse zu beständiger. Ein Journalist hat gewagt zu behaupten, daß das deutsche Volk besser sei als die preussische Regierung, er hat die offensündliche Tatsache behauptet, daß die deutsche in geistliche Weise korrupt und nur die sozialdemokratische Presse arbeitsfähig sei, und, um seiner Niedertracht die Krone aufzusetzen, hat er sich über die kaiserliche Hochzeitliche mehrerdtelige Bemerkungen erlaubt. Ist es nicht die reine Gabe von der preussischen Regierung, daß sie sich begnügt, ein so verkommenes Subjekt mit dem Mittel über die Grenze zu jagen, anstatt es verdienstlich zu stellen und rüden zu lassen?

So weit handelt es sich freilich nur um eine Blase der preussischen Polizeiregierung vor dem Auslande, wie sie nicht zum erstenmal passiert.

Was aber die Sache geradezu zu einem europäischer Skandal auszuwachen läßt, das ist die Mitteilung der Tatsache, daß der ausgewiesene Schmeicheleier vor zwei Jahren gewarnt worden ist. Die preussische Regierung hat verfußt, dem Vertreter eines ausländischen Blattes eine bessere Meinung über deutsche Zustände beizubringen, indem sie ihn mit dem Uebel der Ausweisung bedrohte. Das also ist die Rehrseite der Medaille, das ist die Politik, die beim Zuckersüß liegt. Entweder Bestechung durch Nachrichtenhandel oder Erpressung durch Drohung mit der Polizei — eines von diesen beiden Mitteln muß hien.

Die Katholikentage sind unsererseits schon zu verchiedenen Malen als das gekennzeichnet worden, was sie sind: Paradeausstellungen des Zentrums. Einen weiteren Beweis für die Richtigkeit dieser Hauptung liefert die „Mitte“. In Erinnerung daran, daß in Regensburg ausdrücklich und wiederholt alle Katholiken ohne Ausnahme eingeladen und aufgefordert wurden, zur Katholikerversammlung zu kommen, dort ihre Meinungen auszusprechen und ihre Anträge vorzubringen, hatte nämlich die nach dem berühmten F. V. Kraus sich nennende Münchener „Krausgesellschaft“ den folgenden Antrag eingereicht:

„Die 52. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begrüßt die innerhalb der katholischen Kirche aufgetretenen Bestrebungen, die den G. f. h. zu vorbeugen wollen, die der Religion daraus erwachsen müssen, wenn 1. die Angehörigen eines religiösen Bekenntnisses als solche für eine bestimmte politische Partei in Anspruch genommen werden; 2. die Diener einer Religionsgemeinschaft ihr auf ihrer Stellung beruhendes Ansehen oder sogar ihre amtliche Tätigkeit dazu benutzen, um die Angehörigen ihrer Religionsgemeinschaft im Sinne einer politischen Partei zu beeinflussen.“

Dieser Antrag war in dem am ersten Versammlungstage publizierten Verzeichnis der von Ausschüssen zugewiesenen Anträge nicht enthalten; erst nachträglich empfing die Gesellschaft ein Schreiben des Lokalkomitees vom 16. August, worin dem Vorstande mitgeteilt wurde, daß die Redirektionskommission die im Namen der Krausgesellschaft eingebrachten Anträge abgelehnt hat, weil in diesen Anträgen (sich) verallgemeinerte Vorwürfe gegen den Kaiserlichen Alexander (I) erhoben werden, die nicht zulässig sind, und weil ferner diese Anträge in die Kompetenz der hochwürdigsten Herren Bischöfe eingreifen, die nicht zu entscheiden haben, ob und wie weit Geistliche sich mit Politik beschäftigen dürfen oder nicht. Durch diese Ablehnung wurde den Vertretern der Krausgesellschaft erst bekannt, daß in Regensburg eine wesentliche Veränderung der Satzungen der „Katholikentage“ erfolgt war. Seltener hat eine aus dem Lokalkomitee und dem Zentralkomitee sowie anderen von ihnen bezugnehmenden Mitgliedern bestehende „Kommission“ das Recht, jeden Antrag, der ihr nicht gefällt, unter den Tisch zu schieben und bei der Generalversammlung vorzuenthalten, ohne ihr auch nur Mitteilung davon zu machen. Durch diese Veränderung der Satzungen war das Geschick des Antrags der Krausgesellschaft natürlich von vornherein entschieden. — Das Recht der freien Meinungsäußerung wird zwar den Katholiken einräumt, sie dürfen aber beileibe nicht von diesem Recht Gebrauch machen.

Wofür Geld da ist! Die Stadterordneten in Danzig nahmen mit überwältigender Mehrheit die Magistratsbeschlüsse an, wonach 5000 Mark für den Empfang der englischen Flotte bewilligt wurden.

Es geschahen Zeichen und Wunder! Der krumm agrarische „Reichsbote“ schreibt, jenseits von nicht geringen Steuern seiner konservativen Leser: „Die Agitation um die höhere Dimerision an, und man kann es kaum nur bedauern, daß der Minister in Bobbiel nicht gleich die Petition der Oberpräsidenten annehmte und das wöchentliche Einzugkontingent von 1360 auf 2500 Schweine vermehrte. Der Minister hätte die Erlaubnis zur Erhöhung des Kontingents um so eher ohne Nachteil für die Landwirtschaft geben können, als die Viehpreise auch im Auslande sehr hoch sind, so daß sie also einen bedeutenden Druck auf unsere deutschen Viehpreise gar nicht ausüben könnten.“ — Es ist begreiflich, daß selbst die konservative Presse sich dem Verhalten des Ministers kritisch gegenüberstellt. Vielleicht ist das!

Wieder eine Ufformänderung. Zum 1. Oktober soll die Uniform der Jäger wesentlich verändert werden. Es ist nur schade, daß nicht diejenigen die Kosten für diese Veränderungen zu tragen haben, welche sie anordnen, sondern das deutsche Volk.

Von den Reichsfinanzen. Der „Reichsanzeiger“ teilt endlich, sechs Wochen später als sonst, über die Ergebnisse des Reichshaushalts Etats für 1904 mit: Nach dem finalen Abschluß der Reichshauptkasse beziffert sich der geforderte Mehraufwand gegen den Etat auf rund 18373450 Mk. Für die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschuld ergab sich ein Mehraufwand von 7329000 Mk. Bei dem Favalibensfonds entstand infolge der verstärkten Fürsorge für Kriegsinvaliden ein Mehraufwand von 1049000 Mk. Die Ausgaben der Marineverwaltung überstiegen die Einnahmen um 1240000 Mk. Dagegen steht bei dem Reichsheer eine Gesamtsparnis von 2984000 Mk. und beim allgemeinen Pensionsfonds eine Gesamtsparnis von 1716000 Mk. Die ordentlichen Einnahmen sind, soweit sie im Etat verbleiben, 9814000 Mk. gegen den Etatansatz mehr ausgefallen. Da der über den Etat hinausgehende Bedarf, wie oben erwähnt, insgesamt 18373450 Mk. beträgt, so ergibt sich das Rechnungsjahr 1904 ein Fehlbetrag von 8559000 Mark. Wäre, so schließt der „Reichsanzeiger“ für die Zwecke des Reichsinvalidenfonds ein Voranschlag von 10050000 Mark nicht zu leisten gewesen, so würde der Reichshaushalt für 1904 mit einem Ueberschusse von rund 1494000 Mk. abgeschlossen haben.

Gegen den Fleischwucher hat auch der internationale Verein der Gasthofbesitzer zu Köln in einer Eingabe an den Landwirtschaftsminister Stellung genommen. — In einer ganzen Reihe Städte wurden Protestversammlungen gegen den Fleischwucher abgehalten.

Oberschlesische Polizeikräfte. Man schreibt dem „Vorw.“ aus Bautzen: In diesen Tagen fand eine charak-

Bänderung ihren Fortgang. — Schließlich, gegen 7 Uhr abends, entblöhten der Polizeimeister und die Polizisten ihre Säbel, Schiffe erlösten, und der Menschenhaufe wurde auseinandergeprengt. Durch die Stadt begannen verärrte Patrouillen zu ziehen. Die Ruhe war wieder hergestellt. Das Leben in der Stadt ist aber vollständig ausgestorben. Die Läden sind vernagelt. Der Handel stockt fast gänzlich.

Der Kriegszustand in Warschau. Dem „Borm.“ wird gemeldet: Die Namen der jüngst in Warschau Verhafteten sind: Wachno, Bonuszewicz, Rutkiewicz, Szymanski, Bonkiewicz, Kwasniewski, Pucodi, Chylin, Muszynski, Winstel, Satowski, Dullinger, Alred; und die Genannten Melnel, Szyska, Rogowala, Jendyl, Gmitlenka, Orzagrow, Synmbier. Gelegentlich der Verhängung des Kriegszustandes über Warschau macht der Generalgouverneur darauf aufmerksam, daß Hausbesitzer, Portiers u. s. w. verpflichtet sind, von allen außer gewöhnlichen Fällen und abgehaltenen Versammlungen in ihren Häusern die Polizei zu benachrichtigen. Das Arbeiterkomitee der P. B. S. machte darauf bekannt, daß jeder, der dementsprechend handelt, dem sicheren Tode verfallen sei.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 31. August 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Bezug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Achtung, Gewerkschaftler! Der Kassierer des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftsrates wird am Freitag, Sonnabend und Montag von 8-10 Uhr abends im Vereinshaus zur Entgegennahme der Beiträge einwiegend sein.

Zum Streik im Vangenerbe. Am 21. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, trafen, über Magdeburg kommend, 15 Hausbesitzer für den Bau der „Flora“ ein. Dieselben wurden durch den Obermeister W. Stender und Herrn Paul Schulz transportiert. Die Streikenden, von dem Inkommen der Arbeitstätigen unterrichtet, waren auf dem Bahnhofe. Als dieselben die Mitkommenden von der Sachlage unterrichten wollten, wurden sie vom Nachtmeister und von Schutzleuten mit den Worten: „Verläßtigen Sie die Leute nicht“, zurückgedrängt. Fast überall, wo diese Ausländer arbeiten, sieht man zu Feierabend mehrere Schutzleute in Uniform oder Zivil, die Herren Junagsmeister zahlen demnach ebenfalls die Unterhaltungskosten für Lübeck's Schutzmannschaft allein; oder nicht? Herr Zimmermeister Glaza, vielen Arbeitern wohl bekannt, äußerte sich bei der Ankunft der Arbeitswilligen am gestrigen Tage: „Die Leute haben wir bestellt, das ist derselbe Mann, der vor Jahren die Unternehmers in einer Weise heruntergerissen hat, daß man annehmen mußte, er wäre Arnaut.“ Auch Herr Peter Schulz konnte es sich nicht verlagern, seine Hausbesitzer persönlich in Empfang zu nehmen; Schulz ist derselbe, der 1873 mit an der Streikleitung beteiligt war und deswegen sogar verhaftet wurde. So wechselt bei diesen Leuten die „Besinnung“. Im Uebrigen sei das Publikum auf diese Arbeitswilligen ganz besonders aufmerksam gemacht, da verschiedene Individuen mit Revolvern ausgerüstet sein sollen. Nachdem nun die „Flora“ besetzt ist, ist für die Hausbesitzer gefordert, indem dieselben nun auf der „Flora“ tanzen und das Bier, welches dort verzapft wird, austrinken sollen. Dann hat die Lübecker Arbeiterschaft wohl nicht mehr nötig, Sonntags dort zu weilen.

Eine Sonnenfinsternis, die wegen des bewölkten Himmels nur für eine kurze Zeit sichtbar war, konnte man gestern mittag beobachten. Allerdings war dieselbe für unsere Gegend nur partiell.

Volkszählung im Lübeckischen Staate. Mit Beziehung auf die Bekanntmachung des hohen Senates vom 16. August 1905, die Volkszählung betreffend, wird nachstehendes vom Stadt- und Landamte zur öffentlichen Kenntnis gebracht. § 1. Durch die Volkszählung, welche mittelst Haushaltungsklisten vorgenommen wird, soll die ortsanwesende Bevölkerung ermittelt werden. Die Zählung hat sich zu erstrecken auf alle in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember 1905 im Lübeckischen Staatsgebiete in den Haushaltungen und den zugehörigen Räumlichkeiten ständig oder vorübergehend anwesenden Personen. Personen, die in der Zählungsnacht in keiner Wohnung übernachtet haben, werden bei derjenigen Haushaltung verzeichnet, in der sie am 1. Dezember zuerst ankommen. § 2. Personen, welche sich an Bord der im Lübeckischen Staatsgebiete verweilenden See-, Kanal- oder Flußschiffe aufhalten, werden der ortsanwesenden Bevölkerung hinzugerechnet. In Betreff der auf der Fahrt befindlichen Schiffe findet der im Absatz 2 des § 1 enthaltene Grundsatz Anwendung. § 3. Bei dieser Zählung sollen für die ortsanwesenden Personen außer dem Namen, die Stellung in der Haushaltung, das Geschlecht, der Geburtstag und das Geburtsjahr, der Familienstand, der Geburtsort und Bezirk, das Jahr des Zuzugs, der Beruf oder Erwerbszweig, das Militärdienstverhältnis, die Staatsangehörigkeit, ob im aktiven Militärdienst befindlich, für reichsangehörige Landwehrpflichtige Männer im 30. bis zum vollendeten 45. Lebensjahre, ob militärisch ausgebildet oder nicht. Dieselben Angaben werden erfordert für diejenigen Personen, welche zur Zählungszeit aus der Haushaltung, der sie als Mitglieder angehören, vorübergehend abwesend sind. § 4. Mit der Zählung soll verbunden werden die Feststellung der bewohnten und unbewohnten Wohngebäude und der anderen zur Zeit der Zählung zu Wohnzwecken benutzten festen oder beweglichen Baulichkeiten. In der Stadt Lübeck findet außerdem eine besondere Aufnahme der Wohnungsverhältnisse statt. § 5. Die Zählungsformulare werden während der Tage vom 28. bis 30. November d. J. durch Zähler, welche mit Legitimationskarten versehen sind, ausgefüllt. Die Formulare sind am Freitag, den 1. Dezember d. J. bis 12 Uhr mittags durch die Vorstände der Haushaltungen, als welche auch einzeln lebende Personen mit besonderer Wohnung und eigener Hauswirtschaft gelten, durch die Vorsteher oder Verwalter von Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt oder durch geeignete Vertreter auszufüllen und durch Namensunterschrift zu becheinigen. Wo dieses Verfahren infolge besonderer Verhältnisse nicht anwendbar ist, erfolgt die Ausfüllung und Bescheinigung durch die Zähler auf Grund der bei den Haushaltungen selbst eingehenden mündlichen Erkundigungen. § 6. Die Wiedereinsammlung der Listen beginnt am 1. Dezember nach 12 Uhr mittags und soll im Laufe des 2. Dezem-

ber beendigt sein. § 7. Die Leitung der Aufnahme, die Befüllung der in den Erhebungsformularen gemachten Eintragungen und die Bearbeitung der Ergebnisse wird dem Statistischen Amte übertragen, welchem die Verteilung der Zähler in Bezug auf die Verteilung und Erhaltung ihrer Ausgaben etwa als erforderlich sich herausstellende Auskunft zu erteilen verpflichtet sind.

Das „Stadttheater-Preussentum“ im „Stadthallen-Theater“ wird unter der Direktion Ludwig Portow'ski-Broni am 1. Oktober d. J. eröffnet. Die neue Direktion hat eine sehr bewährte erstklassige Kräfte von renommierten Theatern für ihr Unternehmen gewonnen. Hervorragende Gäste sind verpflichtet und eine Anzahl Neuheiten erworben worden, die darauf schließen lassen, daß die Direktion weder Kosten noch Opfer scheut, um die kommende Theater-Saison zu einer genussreichen zu gestalten. Als Eröffnungsvorstellung soll Smelana's „Die verkaufte Braut“ in Szene gehen, ein Werk, das sich durch besonders melodienreiche, charakteristische Musik auszeichnet. In den nächsten Tagen schon wird der ausfahrliche Prospekt erscheinen, aus dem sowohl die Neu-Engagements, als auch die Neuheiten und Neuengagements ersichtlich sind, ebenso wie die Abonnementbedingungen und die Preise der Plätze. Dieselben sind ganz besonders niedrig normiert, damit jedermann Gelegenheit bekommt, sich für wenig Geld vollendete künstlerische Genüsse verschaffen zu können. Eine Neuuerung des Herrn Direktor Portow'ski, die Einführung von Augenbillsen, wird sicherlich allseitigen Beifall begegnen. Es ist dies ein freies, nicht an den Tag gebundenes Abonnement, welches sich durch besondere Billigkeit auszeichnet. Was die baulichen Veränderungen betrifft, so werden dieselben derartig einschneidende sein, daß die Musik eine vollkommen einwandfreie zu werden vermag.

Der Vaterländische Verein hielt gestern abend im „Bürgerverein“ eine Versammlung ab. Zunächst fand eine Abänderung der Satzung statt. Das Statut blieb bis auf eine Bestimmung unverändert. § 2 bekam folgende Fassung: „Mitglied des Vereins kann jeder Lübeckische Staatsbürger werden, welcher nicht der sozialdemokratischen Partei angehört. Ueber die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Beitritt zur sozialdemokratischen Partei schließt von der Mitgliedschaft aus.“ Ebenso blieben die Bestimmungen, betreffend die Bürgerstimmwähler, im wesentlichen unverändert. Daraus wurde einstimmig beschlossen, für die bevorstehenden Bürgerstimmwahlen am 11. und 12. Oktober in allen städtischen und ländlichen Wahlbezirken aufzustellen. Sodann fanden die Wahlen für den Zentralwahlkomitee statt, das die Bürgerstimmwähler vorbereiten soll. Für das Jakob-Luchter wurden gewählt die Herren: Oberlehrer Dr. Gilbert, Lagermeister Grube, Kaufmann Rudolf Köhn, Landrichter Dr. Wenzel, Detonom Chr. Math und Kaufmann Paul Hoff; für das Marien-Neubauer Quartier die Herren: Dr. med. Giesenburg, Kaufmann J. H. Frensch, Kaufmann Max Janze, Uhrmacher Stecher, Fabrikant Lud. Thiel und Fabrikant Wengeneroth; für das Marien-Quartier die Herren: Kaufmann Hermann Behn, Lehrer Bruno Lüthring, Malermeister G. Heintze, Apotheker Mathias, Chemiker Dr. W. W. und Dr. Widmann; endlich für das Johannes-Quartier die Herren: Hauptlehrer Bödeter, Geschäftsführer Dahms, Professor Dr. Hausberg, Malermeister Heintze. — Wenn man liest, daß in Zukunft kein Sozialdemokrat Mitglied des Vaterländischen Vereins werden kann, so ist dieser Beschluß wohl zu begreifen, denn er ist diktiert von der Angst, daß einmal eine große Anzahl Sozialdemokraten dem Verein beitreten könnten und auf diese Weise auch einmal dort mit der Reaktion auftrüben würden. Interessant dürfte auch folgende Bemerkung sein: Als im Jahre 1880 der Reichstagsabgeordnete Dr. Klugmann sein Mandat infolge seiner Wahl zum Senator niederlegen mußte, ging in der Nachwahl das Mandat auf den Fortschrittsmann G. M. Ed. (Vestier der Eisenbahn-Dir.) über. Die in ganz Deutschland seitens der Fortschrittspartei angestimmte Siegesfanfare über den Fall der bisherigen, als unüberwindlich gegoltenen, nationalliberalen Hochburg Lübeck mitamt der Anführung der Berliner Führer, nun auch die Bürgerchaft für die Fortschrittspartei zu erobern, rief hier in unseren Spielbürgerkreisen und deren führenden Geistern ungeheure Beifassung und Aufregung hervor. Nun wurde der Vaterländische Verein als Schutzwall gegen die bösen Fortschrittsmänner gegründet. Alle, auch die Sozialdemokraten, waren willkommen. Nur dem Fortschrittsmann blieb der Eintritt verschlossen. — Man ersieht hieraus, daß der Vaterländische Verein stets die Politik verfolgt hat, die Herrschaft der Minderheit zu stützen. Als die Fortschrittspartei mächtig war, wurde sie ausgeschlossen von der Mitgliedschaft im Vaterländischen Verein; jetzt von Nationalliberalen und Freisinnigen zusammen nur eine Minderheit gegenüber der kraftvollen Sozialdemokratie bilden, schließt man letztere von der Mitgliedschaft aus. Natürlich ist der Sozialdemokratie dieser Beschluß völlig gleichgültig; ist derselbe doch nur ein Symptom der Furcht vor der Sozialdemokratie mehr, die jetzt aus allen Handlungen des Bürgertums hervorleuchtet.

Aus dem Gerichtssaal. Der Handlungsreisende M., welcher als Provisionsreisender bei der Buchhandlungsfirma R. u. N. tätig war, fällte 10 Bestellscheine, um die Provision im Betrage von 16 Mk. zu erlangen. Außerdem hat er 14 Mk., die er an seine Firma abliefern sollte, unterschlagen und für sich verbraucht. Der Angeklagte, welcher bereits mehrfach vorbestraft ist, wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt. — Wegen Betrug es war der Kaufmann N., der gepändete Sachen verkauft hatte, vom Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Erkenntnis hat N. Berufung eingelegt, die jedoch gestern von der Strafkammer verworfen wurde.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Einem in einer Selterbude als Verkäufer tätigen Arbeiter wurde gestern Nachmittag ein Beutel mit 250 Mk. gestohlen. Der Dieb wurde in der Person eines Maurerlehrlings von hier, in einer Wirtschaft angetroffen und festgenommen. 10 Mk. hatte er bereits für Bier und Zigaretten verausgabt. — Festgenommen wurde ein Dienstmädchen wegen Gottesgeldbündels. — Dem Sohne eines Rahnstifters wurde gestern eine silberne Remontoiruhr gestohlen. Der Dieb verlegte die Uhr bei einem Pfandleiher für 3 Mk.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schlutuper Röhrenfabrik befinden sich in einem Lohnkampfe. Bezug ist streng fernzuhalten!

Zuzug von Arbeitern nach der Röhrenfabrik von Gebr. Rohbran in Lauen ist streng fernzuhalten.

Schlutup. Sella Freude empfand der „Landbote“ darüber, daß die Schlutuper Röhrenfabrikarbeiter den Arbeitern nicht den horrenden Lohn von 30 Pf. pro Stunde bezahlen wollen, sondern lieber den Streik provozierten. So

bricht das freisinnige Blättchen in ein Fabelgeschrei darüber aus, daß die Forderungen nicht bewilligt werden; das wird sogar durch Feldzug hervorgehoben. Die Streikenden sind jedoch anderer Meinung, und wer zuletzt Recht hat, wird der Erfolg lehren. Siner Entschlossenheit die Forderungen nicht bewilligt werden, wenn er aus unserer gestrigen Notiz folgenden Satz zitiert: „Wenn ein jeder Arbeiter und eine jede Arbeiterin Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes gewesen wäre, dann wären die Forderungen sicher bewilligt“ und daran die Bemerkung anzufügen, daß also auch Logische Weise nach dem „Volksb.“ die Forderungen sicher nicht bewilligt werden. Mit der Logik des „Landboten“ ist es in mer nur sehr schwach bestellt gewesen; in diesem Falle jedoch ganz besonders. Auch wenn das Bitat vollständig wäre und nicht der entscheidende Nachsatz fehlte, müßte man logisch daraus folgern, daß im Falle alle in Betracht kommenden Leute organisiert wären, schon jetzt die Forderungen bewilligt wären; daß das noch nicht der Fall ist, liegt daran, daß eben noch diverse Arbeiter leider nicht das nötige Solidaritätsgefühl besitzen. Das ist klar in dem Satz aus gesprochen, der übrigens nicht mit den Worten „dann wären die Forderungen sicher bewilligt worden“, sondern folgendermaßen endet: „Dann wären die Forderungen sicher bewilligt und es nicht zu einem Kampfe gekommen!“ Darauf kommt es an; das mußte auch Herr Sella und deshalb unter Schlag er den Nachsatz. Eine laubere Art zu polemisieren; durch dieselbe wird jedoch die freisinnige Wanzertaktik der Lohnkämpfer der Arbeiter recht zu sich gezeigt.

Hamburg. Lohnbewegung im Maler- und Malerarbeiten in Hamburg, Altona und Wandsbek. Mit der Beratung und Beschlußfassung über den bei der Innung einzureichenden Lohn- und Arbeitstarif beschäftigte sich eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Malerarbeiten. Der Euberrichter Gustav de Hinz eröffnete die Versammlung; entsprechend dem Beschlusse, den bisherigen Lohnstarif zum 1. Januar 1906 zu kündigen, fanden mehrere Preisverhandlungen statt, um einen neuen Tarifentwurf fertigzustellen, nach einer mühsamen Arbeit sei dies auch gelungen. Ein Antrag, in eine Generalabstimmung einzutreten, wurde verworfen und beschlossen, sofort mit der Spezialberatung zu beginnen. Marius begründete den Tarifprogrammweise. Die folgenden Redner waren waren fast alle der Meinung, daß der geforderte Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde (bisher 40 Pf.) viel zu niedrig angesetzt sei; einige Redner wollten den Stundenlohn auf 70 Pf., andere wieder auf 75 Pf. festgesetzt wissen. Um 12 Uhr nachts trat Vertagung ein; die Debatte soll am Donnerstag, 1. August, fortgesetzt werden.

Hamburg. Der Antrag auf Errichtung einer Hamburger Werft des Stettiner „Vulkan“ ist angenommen. Die unter Vorsitz des Gehamrats Schlutow in Stettin stattgehabte außerordentliche Generalversammlung des „Vulkan“ beschloß in Anwesenheit von 115 Aktionären, die etwa 7 1/2 Millionen Mark Kapital vertreten, mit einer Majorität, die etwa 5/4 Millionen entspricht, die Realisierung des Vertrages mit dem hamburgischen Staate wegen Ueberlassung eines Terrains zur Anlage einer Fischwerft auf Roß.

Kiel. Die Vorkotterklärung der Kieler Barbier vor dem Oberlandesgericht. Von großer Bedeutung, namentlich bei Lohnkämpfen, ist ein vom hiesigen Oberlandesgericht gefälltes Erkenntnis. Im vorigen Jahre stellten die hiesigen Barbiergehülften einen neuen Tarif auf, in welchem sie einen Mindestlohn von 21 Mk. pro Woche und Abschaffung von Kost und Logis beim Meiler verlangten. Eine Anzahl Meister genehmigte dieses auch. Als der Arbeiter Staat seine schon gemachte Zusage widerrufen, veröffentlichte der Gehülftenverband in der „Schlesw.-Holsteim. Volks-Zeitung“ ein Inserat, in welchem den Barbiergehülften mitgeteilt wurde, daß über das hiesige Geschäft die Sperre verhängt sei. Auf erfolgte Anzeige verurteilte das Schöffengericht die Vorstandsglieder wegen Vergehens gegen § 157 der Gewerbeordnung zu zwei Tagen Gefängnis. Ihre Berufung wurde von der Strafkammer verworfen. In Uebereinstimmung mit dem Schöffengericht nahm die Strafkammer an, daß eine Verurteilung im Sinne des § 157 vorliege. Auf die von den Angeklagten eingelegte Revision erkannte das Oberlandesgericht auf Freisprechung. Das Gericht entschied wie folgt: Der Vorkotterichter hat zu Unrecht angenommen, daß der mit einigen Meistern abgeschlossene Tarifvertrag eine Vereinbarung im Sinne des § 157 ist. — Er ist lediglich das Ziel, dem die Gehülften auftrüben und kann also nicht ein Mittel sein, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Das Wort „Andere“ ist nicht wie vom Berufungsgericht gesehen auszulegen, denn unter den „Anderen“ sind nicht diejenigen zu verstehen, die sich auf der anderen Seite des Lohnkampfes befinden. Der Paragraph 157 kann nur Anwendung finden bei Arbeitgebern gegen Arbeitnehmern, nicht aber auch wie vom Landrichter angenommen, auch von Arbeitnehmern gegen Arbeitgebern.

Kiel. Mit der Fleischnot beschäftigte sich kurz die Stadtverordnetenversammlung. Genosse Weber brachte vor Eintritt in die Tagesordnung folgenden Antrag ein, den er kurz begründete: „Die notorisch vorhandene Fleischnot hat zu einer schweren Notlage geführt, die sich auch in der Stadt Kiel auf das bedenklichste geltend macht und besonders in nachstehenden Umständen zu Tage tritt: a) Die Arbeiterfamilie kann kaum mehr als einmal in der Woche Fleisch essen. b) die Subalternbeamten sind in der gleichen Lage, c) selbst das Freihandfleisch hat, für die Vermissten unerschwinglich, eine außerordentliche Preishöhe erreicht, d) mittlere Beamte, Handwerker und andere Glieder des Mittelstandes müssen sich gewaltige Einschränkungen auferlegen. e) das Fleischergewerbe hat ein Drittel seines Absatzes eingebüßt. Die Folgen dieses Notstandes sind: a) Vermehrung der Armenlisten, b) Verringerung der Steuerkraft der Kieler Bürger, c) neue Gehaltsforderungen der Beamten und sonstiger Angestellten, d) neue Lohnforderungen und Lohnkämpfe in Handwerk und Industrie, e) allgemeiner Rückgang der Lebenshaltung und damit auch auf die Dauer des Kulturwerts. Unter diesen Umständen ist es Pflicht, der städtischen Kollegien ihr möglichstes zur Bekämpfung dieser Notlage zu tun. Daher hält es das Stadtverordnetenkollegium für seine Pflicht, einen Beschluß der städtischen Kollegien herbeizuführen, in denen diese die Staatsregierung ersuchen: Die Einfuhr von Vieh — besonders von Schweinen und Rindern — in lebendem und geschlachtetem Zustande über die Grenze und in die Häfen freizugeben.“ Genosse Adler ersuchte um sofortige Beratung des Antrages, jedoch wurde die Dringlichkeit derselben, nachdem von freisinniger Seite dagegen gesprochen war, abgelehnt. Der Antrag kommt somit erst in der nächsten Sitzung zur Beratung. Bezeichnend ist allerdings das Verhalten der „Freisinnigen“.

Flensburg. Streikwirkungen. Die Direktion der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft teilt mit, daß sie trotz Beendigung des Streiks nicht in der Lage sei, der

Generalversammlung eine höhere Dividende als 4 Prozent vorzuschlagen.

Alpen. Unglücksfall. Vorgesternmittag ereignete sich im benachbarten Beckdorf ein Unglücksfall. Der Bandwirt Brigg aus Beckdorf wollte mit zwei aneinandergelassenen Wagen über den Bahnübergang nach dem Felde fahren, als von Garfeld der Güterzug angefahren kam. Die Leute auf dem Wagen, der Bestler, eine Tochter, ein Dienstmädchen und der Schäfer schienen die Signale des ankommenden Zuges überhört zu haben. Beide Wagen wurden total zertrümmert. Brigg wurde sehr schwer verletzt. Die Tochter wurde eine Strecke weit fortgeschleift, kam aber verhältnismäßig noch gelinde weg. Die andern beiden Personen kamen unverletzt davon. Auch die Pferde konnten gerettet werden.

Bremsehafen. In eine Lohnbewegung sind die Tischler der Unterweserorte Bremsehafen, Geestmünde und Lehe eingetreten. Die Antwort der Meister wird bis Freitag erbeten. Man erwartet eine Verständigung auf friedlichem Wege.

Kant. Der Streik der Klempner ist beendet. Durch Einigungsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Kommissionen wurde der nunmehr vier Wochen dauernde Streik der Klempner beigelegt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Beste Nachrichten.

Mositz. Bergmannsloos. Dienstagabend wurden im Gertrud-Schacht des Reichau-Friedrichs Kohlenbergwerks drei Mann durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet. Einer der Verschütteten wurde als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen.

Koburg. Großfeuer. In der Stadt Seelach (Oberfranken) entstand Dienstagmorgen 3 Uhr infolge Blitschlages eine große Feuersbrunst. Um Mitternacht gelang es, ein Weiterausbreiten des Feuers zu verhindern. 13 Wohnhäuser, 10 Scheunen, eine Anzahl Ställe und zahlreiche Nebengebäude wurden eingeeäschert. Gestern morgen wurde eine Kompanie Soldaten aus Bamberg reamunziert.

Kassel. Die Feuersbrunst in Beckelsheim ist nach zweitägigem Wüten gelöscht worden. Es sind insgesamt 180 Gebäude, unter diesen 116 Wohnhäuser, eingeeäschert und zahlreiches Vieh verbrannt. Der angerichtete Schaden beträgt eine Million Mark, ist aber größtenteils gedeckt.

Dortmund. Im rheinisch-westfälischen Baugewerbe ist Frieden eingetreten. Ein von der Einigungscommission ausgehender Arbeitsvertrag wurde von den Vertretern der Arbeiter angenommen.

Mains. Trauriges Geschick. Dienstagabend kam der Arbeiter Becker in Castel in betrunkenem Zustande nach Hause und fiel mit seiner 19-jährigen Frau Streit an. In ihrer Angst ergriff die Frau eine Handvoll Pfeffer und warf ihn ihrem Mann ins Gesicht, sodass dieser zurücktaumelte, aus dem Fenster stürzte und das Genick brach.

Manch. Familiendrama. In dem Nachbarorte St. Nicola hat eine Frau Demant ihre drei Kinder und sich selbst durch Kohlenoxydgas getötet.

Aus May und Fern.

Mutterliebe im Gend. Die „Arbeiter-Stg“ veröffentlicht folgendes Kulturbild aus Wien: Die Tagelöhnerin Marie Kraly, eine lungentranke Frau, die für acht kleine Kinder zu sorgen hat, wurde am 3. Juli aus dem Kellerlokal, in dem sie bis dahin gewohnt hatte, verlogert, weil sie die Miete nicht bezahlen konnte. Ein fünfjähriger Knabe der Frau war bereits seit 14 Tagen an Scharlachkrank und besand sich in dem für die Infektion höchst gefährlichen Stadium der Schuppung. Die Frau, die ohne Obdach bestand, logierte mit ihren Kindern in den Beatrauen und auch das kranke Kind war dort auf einer Wiese gebettet. Die Sanitätsbehörde erfuhr davon und lud die Frau vor, das Kind sofort ins Spital zu bringen. Sie versprach, dies sofort zu tun, entfernte sich aber mit ihren Kindern von der Wiese und war spurlos verschwunden. Mit begreiflicher Aufregung trachtete nun die Behörde, das Kind, das eine Epidemie hervorzurufen konnte, zu erulieren und ins Spital zu bringen. Man erfuhr, daß die Kraly mit ihren Kindern bei der Kohlearbeiterin Seidl, die sich unter der Meißelbrücke aufsteht, Quartier gefunden habe. Nach vieler Mühe gelang es, die Frau zu finden und tatsächlich war die Kraly bei ihr. Das scharlachranke Kind fehlte aber. Zum Kommissariat gebracht, gestand die Kraly, sie habe es zu ihren Eltern nach Auspitz in Mähren gebracht. Es ging sofort an das Bürgermeisterramt in Auspitz eine Note, in welcher die Forderung und scharfe Ueberwachung des im gefährlichsten Infektionsstadium befindlichen Kindes verlangt wurde. Die Funktionäre in Auspitz durchsuchten jedes Haus, aber das kranke Kind wurde nicht gefunden. Man meinte das nach Wien, und ist erst gekand die Kraly bei der Polizei, daß sich das Kind bei ihr befindet. Es wurde gegen die Frau die Anklage wegen Zerschließung der Behörde erhoben, gegen welche sie sich vor dem Strafrichter in Leopoldstadt zu verantworten hatte. Die Angeklagte war vollständig und erklärte, trotzdem sie in diesen Tagen nicht wußte, wo sie mit ihren Kindern ein Obdach finden werde, hatte sie das

Kind nicht hergeben wollen. Ihre Kinder seien ihr Trost und gerade das kranke Kind hatte sie so gern, daß sie nicht hergeben wollte und die Behörde so lange irreführte bis sie nicht mehr länger lügen konnte. Der Richter würdigte diese Mutterliebe, indem er die Angeklagte freisprach — Was die arme Frau Kraly getan hat, zeugt von geringer Einsicht. Von noch geringerer Einsicht aber zeugt das Verhalten der Behörde, die von einer Frau, bei der die Gesellschaft so viel mitgespielt hat, verlangen, daß sie in ihrer Not und Verzweiflung zu den Behörden, die es zulassen, daß sie mit acht Kindern aus einem wertvollen Kellerlokal belagert wird, noch Behörden habe, und gegen sie eine Anklage erheben lassen, umso mehr als die arme kranke Frau das Gefühl haben muß, daß alles, was man ihr angetan und an ihr geschähen hat, lassen, ehe man sich wegen der Gefahr für andere um sie kümmerte, einen verbrecherischen Charakter hat. Ein Verbrechen des Hausherrn war es vollkommen. Eine kranke Person mit acht Kindern aus einem Kellerlokal zu belagern, ein Verbrechen der Behörde war es, das so stumpfsinnig zu bulden, ohne sich der Ermittle irgendwie anzunehmen, und ein Verbrechen schließlich die unglücklichen Geschöpfe auf einer Wiese kampieren zu lassen, ohne den geringsten Versuch, ihnen Unterschutz zu verschaffen. Man hat für die arme Frau nichts getan, als daß man ihr das kranke Kind noch wegnehmen wollte, und es ist kein Wunder, wenn die im Unglück stumpf und schon gewordene Person da den „Nettern“ nur Mißtrauen entgegensetzte.

Wiedererwartete vom 30. August.
Bauern-Butter Pfd. 1,30 Mk., Meeres-Butter Pfd. 1,40 Mk.,
Säen Stk. — Mk., Enten Stk. 3, — Mk., Hühner Stk. 1,60 Mk.,
1,60 Mk., Ritten Stk. 1,20 Mk., Lauben Stk. 0,55 Mk.,
Gänse Pfd. — Mk., Wildgans — Mk., Schweinefleisch
Pfd. 0,15 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Brust Pfd. 1,20 Mk.,
Gier 8 Stück 60 Pfg., Kerpfen Pfd. — Mk., Ger. Koch
Pfd. 1—2,40 Mk., Karaulchen Pfd. 80 Pfg., Secht
50 Pfg., Wache Pfd. 80 Pfg., Wat Pfd. 0,90 Mk.,
beste Gravensteiner 100 Pfd. — Mk., Nonnen 100 Pfd.
— Mk., andere Sorten 100 Pfd. — Mk.,
100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf 10 Pfg.,
Kirschen Pfd. — Mk., Kohl 100 Pfd. 2, — Mk.,
Gurte Pfd. 0,05 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 4 Mk.,
Kartoffeln, best. franz. 200 Pfd. 5, — Mk.,
per 10 Riter 50 Pfg. magnum hannum 200 Pfd. 4,00 Mk.,
Kartoffeln 10 Riter 40 Pfg.

Amstliche Notierungen der Produzenten.
Inländisches Getreide. Lübeck, 30. August.
Weizen, 128—132 Pfd. holl., Mt. 155—161, Roggen
neuer Ernte, 122—126 Pfd., Mt. 140—143, Sajer, neue
je nach Qualität, Mt. 142—148, Gerste, je nach Qualität
Mt. 140—150.

Dankagung.
Für bewiesene herzliche Teilnahme und überaus zahlreiche Kranzspende beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, insbesondere Herrn Pastor Ebers für die trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen, sowie dem Verein der Holländer und Wiltshändler, sagen hierdurch unsern tiefgefühlten Dank.
Louise Boldt, geb. Dechow, nebst Familie

Ein freundl. möbliertes Zimmer
nach vorne, separater Eingang
Schützenstraße 56.

Ein Vorderzimmer zu vermieten
Krodestraße 47

Zum 1. Oktober oder früher eine Bügelwohnung zu vermieten
Marckstraße 48.

Gesucht zum 1. Oktober eine trockene Wohnung mit heller Küche im Preise von 100 bis 190 Mk., Holstentor bevorzugt.
Off u P an die Exped. d Bl

Gesucht zu sofort ein Pantjunge außer der Schulleit
Ernst Puls, Saniastraße 36.

Billig zu verkaufen ein Marmoraustraur und eine Marmorplatte.
Stodolsdorf. Karl Rebien.

Ein Aushängeschild und ein Tisch mit gedrehten Füßen zu verkaufen
Sortenstraße 20.

Tägliche Maurerarbeiten werden prompt und billigst ausgeführt.
Möhres Engelstraße 20

Empfehle meinen Roser-, Friseur- u. Haarschu.-Salon
Paul Adler, Friedenstraße 50

Neue Fett Klobmheri tge 5 St 20 Pfg. Pikanten Parz-Käse 4 Stück 10 Pfg.
empfehle
H. Eggerstedt, Kerpfenstraße 26.

Feinstes präp. Tafelbutter, bester Ertrag für Butter Pfd. 35 Pf.
Email. Kochtöpfe à 10 Pfd. Inh. Mt. 3.30
Johs. Breede, Darswartstraße 37.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.
Köblm.
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Lederhosen . . . 1,80—6,45
Maurerhosen . . . 2,60—8,75
Schlosserhosen . . . 1,88—5,25
Ueberziehhosen . . . 0,88—2,35
Bwira-Hosen . . . 1,38—3,25
Leinene Jacken, schräge und gerade, 1,25
Kajen, Semben, Schlachterjacken, Friseurjacken,
Waler-Mäntel erkauflich billig.
Kägen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

„Die Neue Zeit“

— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Billig wird das Fleisch
wenn mehr wie bisher Milchspeisen auf den Tisch kommen. Zur Entnahme von Milch und Milchprodukten hält sich empfohlen die HANSA-MEIEREI mit 20 Verkaufswagen und 20 Verkaufsstellen.

Von der internationalen Bibliothek

— erste Serie —
empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mt.	2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	"	2,50
Bebel, Charles Fourier,	"	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	"	1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	"	2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	"	2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	"	2,—
Mehring, Die Lessing-Legende,	"	3,50
H. Lux, E. Cabet und der ilarische Kommunismus	"	2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	"	3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	"	3,—
Dietzgen, Das Aquisit der Philosophie und Briefe über Logik	"	2,—
C. Hugo, Die englische Gewerkevereins-Bewegung	"	2,—
K. Marx, Revolution und Konter-Revolution in Deutschland	"	2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.



ARGARINE ohra Butter
ersetzt beste Butter
Ludw. Hartwig
Sie erhalten Lubeca-Marken.
Empfehlungs-Karten
Liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Auf Kredit

in Wochenraten
von 50 Pfg. an
Stühle, Bilder Uhren,
Möbel, Polsterwaren,
sowie Herren- u. Damschen-
Anzüge.
H. Kesten
Johannisstraße 70.

Zur Rettung von Trunksucht!
berühmte Anweisung nach 35-jähriger praktischer Methode zur sofortigen radikalen Beseitigung mit auch ohne Vorwissen, vollständig — keine Berufsbildung. —
Briefe sind 50 Pfg. in Briefmarken beizulegen. Man adressiere: Privat-Anstalt Villa Christina, Post Säckingen (Baden)

Lübeck-Schwartau und Schwartau-Lübeck.
Unser Sommerfahrplan ändert sich für den Monat September dahin, daß folgende Touren an den Wochentagen anfallen:
Ab Lübeck nachmittags 8,30 Uhr.
Ab Schwartau nachmittags 5,20 u. 9 Uhr.
Ferner wird die Rückfahrt ab Schwartau 7,45 u. 7,30 Uhr verlegt.
An Sonn- und Festtagen wird die letzte Tour ab Lübeck 8 Uhr abends und ab Schwartau 8,30 Uhr abends gefahren.
Lübecker Hafenfähre.
Wochentags m. 5 S

Achtung Töpfer!
Von jetzt an werden die Beiträge bei Schröder, Leberstraße 3, entrichtet. Der selbst ist auch das Fachblatt in Empfang zu nehmen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter
(Baststraße Lübeck)

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend den 2. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder
2. Kartellbericht
3. Bericht des Arbeiter-Ausschusses der Lübecker Brauerei.
4. Vergütungen.
5. Verschiedenes.
Pünktliches und vollständiges Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.

Stadt-Halle.
Freitag: Abonnem.-Vorstellung 9,30.
Benefiz für Reg. Paul Förster.
Clönbargs Reiseabenteuer
Sofalposse in 3 Akten von B. Förster.
Musik von R. Koetfle.
Anfang 7 1/2 Uhr. Bon 7 Uhr Konzert.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 204.

Freitag, den 1. September 1905

12. Jahrgang.

An den mecklenburgischen Parteitag zu Lübeck.

Vom Landesvertrauensmann, dem Genossen M. Erdbeer in Rostock, ist uns der nachfolgende Bericht, der das Parteileben in Mecklenburg im letzten Berichtsjahre bis zum 31. März dieses Jahres, von welchem Zeitpunkt an das Parteisekretariat in Wirklichkeit trat, umfaßt, zugegangen. Für den Zeitraum, während dessen das Parteisekretariat in Tätigkeit war, wird dessen Vorsitzender, der Genosse W. Kröger in Rostock, den Bericht geben.

Genosse Erdbeer schreibt: Das verfloßene Jahr ist als ein recht erfolgreiches für unsere Parteibewegung zu verzeichnen; auf allen Gebieten Fortschritt, der nur des weiteren Ausbaues harret.

Bezüglich der schriftlichen Agitation ist wiederum der „Mecklenburgische Volks-Kalender“, der Freund unserer mecklenburgischen Landleute, in einer Anzahl von 100 000 Exemplaren verbreitet worden. Die Landleute warten geradezu mit Ungeduld auf den Kalender und empfangen die Verbreiter derselben als Ueberbringer einer frohen Botschaft.

Auf alle Fälle haben wir es dem Kalender nicht am wenigsten zu verdanken, daß unser Anhang bei den Landarbeitern stetig an Ausbreitung gewinnt. Zu wünschen bleibt nur, daß wir uns endlich einmal bezüglich der Herstellungskosten für den Kalender ganz auf eigene Füße stellen. Es ist nicht billig, zu verlangen, daß unsere Arbeitskräfte im übrigen Deutschland sich die Mittel für unsere Agitation abarbeiten, indem dieselben wirtschaftlich einen ebenso schweren Standpunkt haben wie wir in Mecklenburg. Möchte dieser Hinweis, welcher auf allen unseren Parteitagen erfolgt ist, doch endlich einmal unnötig werden. Ein auf dem vorjährigen Parteitag angenommener und dem Landesvertrauensmann zur Berücksichtigung empfohlener Antrag: „den Volkskalender im November zu veröffentlichen“, wird, wenn irgend ausführbar, Berücksichtigung finden.

Ein weiterer Beschluß des vorjährigen Parteitages, eine Broschüre, welche die mecklenburgischen ländlichen Verhältnisse behandelt, zu verbreiten, ist ebenfalls zur Ausführung gebracht, indem aus der Herzoglichen Schrift: „Landarbeiter in Mecklenburg“ ein Auszug in Broschürenform unter die Landbevölkerung verteilt worden ist, welche Arbeit ihre agitatorische Wirkung nicht verfehlen dürfte. Allerdings ist bei der Verbreitung dieser Broschüre nicht überall der Eifer zutage getreten, mit welchem seinerzeit der Antrag auf dem Parteitag vertreten und aufgenommen wurde. Es kann den leitenden Genossen in einigen Orten leider nicht der Vorwurf erpart bleiben, daß sie bezüglich der Verbreitung etwas nachlässig gewesen sind; das darf aber nicht vorkommen.

Die im II. Wahlkreise stattgehabte Reichstagswahl ist trotz eifriger Agitation unsererseits leider noch nicht zu unserer Befriedigung ausgefallen. Der vereinigte Ordnungsmittelschmerz hat uns für dieses Mal noch die Position freitragend gemacht. Dies muß uns Veranlassung geben, unsere Agitation noch intensiver zu betreiben. Der Gegner muß in diesem Kreise endlich und endgültig aus dem Sattel gehoben werden.

Die in diesem Jahre in Rostock stattgehabten Stadtverordnetenwahlen sind infolge von Erfolg für uns gewesen, als wir die Genossen Schlotmann und Hensch in das Stadtparlament hineingeschleppt haben und somit jetzt drei Vertreter unserer Sache die Anschauungen des arbeitenden Volkes dort zum Ausdruck bringen können.

Auf dem letzten Parteitage wurde auch ein Antrag angenommen, nach welchem der Landesvertrauensmann nicht mehr auf dem Parteitage zu wählen ist, sondern daß viel-

mehr ein Vorort zu bestimmen sei, welcher den Landesvertrauensmann ernannt. Die Rostocker Genossen waren inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß es unzweifelhaft besser sei, auch schon mit Rücksicht auf unsere eigenen Verhältnisse in Mecklenburg, wenn ein beiderseitiger Parteisekretär in Wirklichkeit treten würde. Es wurden von mir diesbezügliche Schritte beim Parteivorstand eingeleitet, welche auch von Erfolg begleitet waren. Es hätte wohl keinen Sinn gehabt, bis zum Beginn der Tätigkeit desselben (1. April d. J.) einem andern Genossen die neue Tätigkeit eines Landesvertrauensmannes aufzubürden, ich beziehe daher dieses Amt bis zum 1. April. Eine zu diesem Zwecke abgehaltene Konferenz, zu welcher Einladungen an die einzelnen Orte ergangen waren, erklärte sich mit der Anstellung eines Parteisekretärs einverstanden und wurde Genosse Kröger als solcher designiert. Bei der Wahl des Ortes, wo derselbe sein Domizil haben sollte, fiel Stimmengleichheit auf Güstrow und Rostock. Der Parteivorstand entschied sich auf Grund dieses Ergebnisses für Rostock.

Daß die Tätigkeit eines Parteisekretärs für uns nötig und nützlich ist, dürfte schon jetzt auf Grund der bisherigen Tätigkeit des Genossen Kröger zur Genüge erhellen. Wenn auch noch nicht alle Wünsche, welche an die Errichtung des Parteisekretariats geknüpft sind, erfüllt wurden, so ist doch ohne Zweifel ein regerer Verkehr unter den Genossen vorhanden, welcher zur Befolgung unserer Parteibestrebungen fruchtbringend sein wird. Selbstverständlich wird nur die Tätigkeit des Parteisekretärs eine nützlichende sein können, wenn die Genossen der einzelnen Orte sich bemühen, Hand in Hand mit ihm zu arbeiten und seinen Anordnungen, soweit ausführbar, Folge zu leisten. Nur dann ist ein gezieltes Weiterarbeiten gesichert.

Ein weiterer Antrag des vorjährigen Parteitages, nach welchem einheitliche Karten mit Monatsrubriken und Bonus einzuführen sind, um so kontrollieren zu können, ob jeder, der sich als Parteigeroffe bekennt, auch allmonatlich 10 Pf. an die Parteikasse entrichtet, ist zur Ausführung gebracht worden. Der Bericht des Parteisekretärs wird jedenfalls erkennen lassen, ob dadurch ein finanzieller Fortschritt gemacht worden ist.

Dann ist ferner von nicht zu unterschätzender Bedeutung die Anstellung des Arbeiter-Sekretärs seitens der mecklenburgischen Gewerkschaften. Ein großer Teil der Arbeiterschaft, und unserer Genossen im besonderen, ist leider aus Unkenntnis der sozialpolitischen Gesetze sowohl, wie auch infolge des Fehlens der nötigen pekuniären Mittel nicht in der Lage, ihre so oft rechtlichen Ansprüche an Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung zur Geltung zu bringen.

Diesem Zustand zu beseitigen, war ein allgemeines Bedürfnis, und es ist das Bestreben der organisierten Gewerkschaften, auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen, nicht hoch genug anzuschlagen. Wenn nun aber auch die übergroße Mehrzahl der organisierten Arbeiter die Schaffung des Arbeiter-Sekretariats für durchaus zeitgemäß und nützlich gehalten hat, waren leider die hierbei so sehr interessierten Arbeiter in einigen Orten Mecklenburgs nicht für den Plan zu gewinnen. Sie stellten sich, vielleicht aus reinlichen Eifersüchteleien oder aus anderen nichtsliegenden Gründen, welches ich weiter nicht untersuchen will, diesem Fortschritt entgegen. Alle diese Gegner, welche sonst vorgeben, den demokratischen Standpunkt zu wahren, nach welchem sich die Minorität der Majorität unterzuordnen hat, vergessen, wenn ihnen einmal irgend etwas nicht in den Kram paßt, mit einem Male diesen Grundsatz und stellen sich schmolend bei Seite. Hoffen wir jedoch, daß auch diese Leute bald ihr unverständliches Gebahren aufgeben und zu Ruß und Frommen ihrer selbst gemeinsame Sache mit den vorwärts strebenden Kollegen machen. Nur so ist es möglich, auf allen einschlägigen Gebieten Wandel zu schaffen und das Sekretariat zu dem zu machen, was es wirklich sein

soll: ein warmer Freund aller Bedrängten und Notleidenden.

Ich kann am Schluß meines Berichtes nur wiederholen, was ich zu Anfang desselben sagte. Wir können im allgemeinen mit den Ergebnissen zufrieden sein. Damit soll jedoch keineswegs gesagt sein, daß wir nun genug getan hätten und dem Zufall das Weitere überlassen könnten. Nein, wir haben lange nicht genug getan, lange nicht genügend agitiert, organisiert und Führung mit den indifferenten Massen gesucht. Geloben wir uns daher, als Verkünder einer welt-erblickenden Idee, den Kampf mit geistigen Waffen energisch fortzusetzen, bis dereinst das arbeitende Volk aus geistiger und ökonomischer Knechtschaft befreit ist.

Nun zu meinem Kassenbericht, welcher den Zeitraum vom 1. Juli 1904 bis 31. März 1905 umfaßt.

		Kassenbestand		
				211,25 Mk.
1904				
Juli	26.	Von Güstrow d. D.	25,—	"
		Gr. Wötern d. R. (Bons)	22,40	"
	29.	Behlendorf d. R.	5,65	"
		Mühl d. W. (Bons)	8,70	"
August	3.	Rostock d. L.	3,15	"
		Füstenberg d. W. (Bons)	10,—	"
	5.	Kröpelin d. S.	5,—	"
	9.	Strelitz d. W. (25% Bons)	47,07	"
	16.	Nebbrandenburg, Kalenderüberkopf	4,03	"
	20.	Doberan d. R. (Bons)	7,50	"
	22.	Strelitz d. W. (25% Bons)	2,50	"
		(Alt) d. R. (25% Bons)	2,50	"
	23.	Rostock d. S.	200,—	"
Septbr.	5.	Grabow d. S.	14,—	"
	14.	einem Milchpflüchtigen	1,—	"
	15.	Fürstberg d. W.	5,—	"
	30.	Warnemünde d. R. (Bons)	5,—	"
Oktr.	19.	Lübben, Stiftungsfest der Holzarbeiter	2,50	"
Novbr.	18.	Rostock, gef. b. S.	—,40	"
Dezbr.	8.	Mühl d. W. (Bons)	5,—	"
	11.	Neubukow d. S. (Bons)	5,—	"
1905.				
Jan.	2.	Kröpelin d. S. (Bons)	5,—	"
	9.	Schwane d. R. (Bons)	3,25	"
	14.	Kröpelin d. S. (Bons)	10,—	"
		Neubukow d. S. (Bons)	7,30	"
Febr.	23.	Doberan d. R. (Bons)	3,65	"
	28.	Neubukow d. S. (Bons)	—,40	"
März	2.	Kalender-Inserate	309,64	"
				931,89 Mk.

Die Ausgaben	
(vom 1. Juli 1904 bis 31. März 1905) setzen sich zusammen:	
Parteitags Lübeck 1904	49,20 Mk.
Abonn. „Vorwärts“	11,16 "
Kalenderverbreitung	478,60 "
Agitation	36,55 "
Drucksachen	32,25 "
Bons	24,50 "
Porto und Kollekt	26,17 "
Inserate	9,80 "
Frachtkolli	28,50 "
Schreibmaterial	1,— "
Verchiedenes	28,60 "
Summa	721,33 Mk.

Abchluss:	
Gesamteinnahme	931,89 Mk.
Gesamtausgabe	721,33 "
Kassenbestand	210,56 Mk.

M. Erdbeer.

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(12. Fortsetzung.)

In diesem Augenblick erschien Herr Husner wieder auf dem Schauplatz, und zwar in Schweiß gebadet, und ängstlich überall nach der wunderlichen Gestalt Wallenstedts umhersuchend. Der aber war nirgends mehr zu finden, und auf einige, in höchst mittelmaßigem Englisch getane Fragen an Vorübergehende, schickte man den bestürzten jungen Mann rasch hinter dem kleinen Trupp der Bewaffneten drein. Hier erkannte Husner allerdings gar bald, daß er sich getrennt. Wallenstedt war aber in diesem Gewirr von Menschen nicht mehr anzufinden, und die Deutschen, an die er sich wandte, wußten ihm ebenfalls keine Auskunft zu geben. Der Schaden ließ sich jedoch ersehen; ja vielleicht war er im Stande, seine Ausflüchte um ein Bedeutendes zu verbessern, wenn er sich bei jener Karawane angeschlossen. Bekam er dadurch doch auch zu gleicher Zeit Gelegenheit, sein schweres Bündel, das ihn schon lästig heiß gemacht, auf eine Fahre zu bringen. Ohne Weiteres wandte er sich auch deshalb an den Führer des kleinen Trupps und sagte:

„Hört einmal, Landsleute, — ich habe eben meinen Kameraden verloren, mit dem ich in die Minen wollte. Wenn's Euch aber recht ist, so bleib' ich bei Euch, und wir können dann „da oben“ zusammen arbeiten.“

„Und wo haben Sie Ihre Waffen?“ fragte da der Riese, der zu Husners Erstaunen eine ganz merkwürdig feine und weiche Stimme hatte.

„Meine Waffen?“ fragte dieser etwas verblüfft, — „Waffen habe ich gar keine, mein Brodmesser ausgenommen und eine kleine Pistole hier. Sie ist aber nicht geladen, denn ich fürchte, sie möchte mir einmal von selber in der

Tasche losgehen. In Bremen ist neulich so ein Unglück vorgefallen.“

„Keine Waffen?“ rief da der Riese und machte vor lauter Erstaunen Front gegen ihn, „und womit wollen Sie sich denn da verteidigen?“

„Ja,“ kotterte Herr Husner — „ist es — ist es denn so gefährlich in den Minen oben? — Ich glaube —“

„Gefährlich?“ wiederholte jedoch mit einem fast mitleidigen Achselzucken der Riese, — „sehen Sie uns einmal an. Glauben Sie, daß wir bis an die Bahne bewaffnet ausziehen würden, wenn es nicht gefährlich wäre?“

„Aber Wallenstedt hat nur einen Regenkitt und eine Schaufel bei sich,“ sagte Herr Husner befüßt.

„Armer Mann,“ seufzte leise der Riese, — „wer weiß, unter welchem Baum seine Knochen in den nächsten Tagen bleichen werden. Wir bedenken uns jeden Abend ordentlich zu verschanzten. In ein paar Stunden können wir fünf schon einen tüchtigen Wall aufwerfen, und sind auch gern gesonnen, noch mehr tüchtige Besatzung zu uns rufen zu lassen; aber mehrschalige Männer müssen wir haben. Mit dem Schirm da können Sie sich nicht verteidigen, und selbst ihr Terzerol ist nicht genügend. Unter diesen Umständen tut es mir also leid, Sie nicht meiner kleinen Schar einverleiben zu dürfen; es ist gegen unsere Statuten.“

„Aber da kann ich doch nicht ganz allein —“

„Bedauere sehr,“ unterbrach ihn der Gewaltige, — „hier in Kalifornien hat aber Jeder für sich selber zu sorgen. Achtung, Ihr Leute — Ordnung beibehalten — vorwärts — marsch!“ Und gegen Herrn Husner freundlich und huldreich die linke Hand neigend, machte er eine militärische Schwenkung, warf den rechten Arm in die Höhe und stellte sich wieder an die Spitze des Zuges, der im nächsten Augenblick seinen unterbrochenen Weg fortsetzte.

Herr Husner blieb noch eine ganze Weile nachsüßig auf derselben Stelle stehen, auf der ihn jene verlassen hatten, und der Gedanke stieg in ihm auf, ihnen von weitem zu

folgen und sich wenigstens den Schutz ihrer Nähe zu sichern. Angeborene Bescheidenheit verwarf das aber wieder, denn er wollte nicht zudringlich erscheinen, und er kehrte endlich, da eine Menge Menschen gegen ihn anrannten, wieder in sein eben verlassenes Quartier zurück.

Unter solchen Umständen durfte er natürlich nicht wagen, allein in die Minen zu wandern, und es blieb ihm jetzt nichts weiter übrig, als sich Waffen anzuschaffen und irgend eine andere Gesellschaft abzuwarten, der er sich mit Sicherheit anschließen konnte.

Auf der Plaza nahm indessen das geschäftige Leben, trotzdem die Sonne sich mehr und mehr dem Horizont neigte und ihre rote Scheibe schon hinter dem Rand der Riesenberge verschwand, noch nicht ab. Von allen Seiten wogten die Menschen herüber und hinüber und schwerbeladene Karren kamen ununterbrochen vom Ufer herauf, geladete Passagiergüter in die verschiedenen Koffhäuser — oder vielmehr Koffhäuser — abzuliefern.

Die Einwanderung war gerade in dieser Zeit außerordentlich beträchtlich, denn die ersten glänzenden Nachrichten von der Entdeckung und dem Reichtum der Goldfelder hatten draußen in der Welt gewirkt und von allen Weltteilen zugleich kamen die Abenteurer herbeigeströmt, jene sabelhaften, in ihrer Einbildungskraft noch verhundertachten Schätze anzubeden. Zehn bis zwölf Schiffe an einem Tage waren etwas ganz gewöhnliches, und verhinderte der Wind manchmal die Fahrzeuge einzulaufen, so überstieg ihre Zahl, sobald er sich wieder günstig drehte, gar nicht selten zwanzig. Die große Mehrzahl von all den Passagieren, die sie mitbrachten, sahen San Franzisko nur eben als ersten Landungsplatz an, in dem sie sich keine bleibende Stätte suchen wollten. Ihnen waren die Berge das Ziel, das sie so rasch wie möglich zu erreichen strebten, und sie hätten vielleicht nicht einmal die erste Nacht im Koffhause geschlafen, vor dessen hohen Pfeilern sie sich fürchteten, wäre ihnen nicht das eigene Gepäck im Wege gewesen. — Aber wohin mit

Soziales und Parteileben.

Aus dem Gewerkschaftskartell und Sekretariat in Breslau ist die dortige Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes ausgetreten. Die eigentliche Ursache zu diesem Schritt ist in Grenzstreitigkeiten zwischen dem Metallarbeiter-Verbande und der Organisation der Fabrikarbeiter zu suchen, die schließlich die erste Organisation veranlaßte, den Ausschluß der Fabrikarbeiter aus dem Kartell zu beantragen. Diesen Antrag lehnte das Kartell ab, weil, wie der Vorstand des Gewerkschaftskartells erklärt, nach einem seinerzeit veröffentlichten Schreiben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands es unzulässig sei, eine Gewerkschaft wegen Grenzstreitigkeiten aus dem Kartell auszuschließen.

Die Zentral-Boykottkommission für Rheinland-Westfalen versendet folgende Erklärung: Das Organ der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften bringt in Nr. 29 vom 22. Juli 1905 einen Artikel mit der Überschrift: „Warum hat der Boykott in Rheinland und Westfalen so schmachlich geendet?“ In diesem Artikel wird eine Äußerung des Stellmachers Schneider wiedergegeben, welche derselbe in einer Sitzung des Gewerkschaftskartells in Düsseldorf gemacht hat. Danach soll Genosse Schrader, Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer, in einem Schreiben an die Zentral-Boykottkommission die sofortige Aufhebung des Boykotts verlangt haben. Wir erklären hiermit, daß uns von keiner Seite, auch nicht vom Genossen Schrader, ein solches Schreiben zugegangen ist, in welchem eine Aufhebung des Boykotts verlangt wurde. Die Mehrheit der Kommission trat lediglich aus dem Grunde für Beendigung des Kampfes ein, weil Aussicht nicht vorhanden war, mehr zu erreichen. Alle diejenigen, welche hierin anderer Meinung sind, kennen die hierigen Verhältnisse nicht und haben von tatsächlichen Kämpfen wenig Verständnis. Unbegreiflich ist es uns, wie man den Genossen Schrader mit dem Boykott in Verbindung bringen kann. Alle Behauptungen, welche darauf hinauslaufen, die Kommission habe sich von irgend einer Seite beeinflussen lassen, sind Unwahrheiten. Die Zentral-Boykottkommission. J. A. Fr. Klupsch, Dortmund.

Die ausgesperrten Schneidergehülften in Halle a. S. beschloßen die Gründung einer Genossenschaft zum Betriebe eines Schneiderei-Geschäfts.

1500 Holzarbeiter der Möbel- und Spiegel-fabriken in Fürth i. B. sind in den Anstand getreten.

Der Verband der Maschinisten und Setzer hat jetzt das erste Zehntausend an Mitgliedern überschritten. Der Verband besteht seit dem Jahre 1893. Damals gehörten ihm nur 1000 Mitglieder an. Dem nächsten Verbandstag soll eine Vorlage zur Anstellung von festen Bauleitern vorgelegt werden, um eine noch weitere Ausbreitung des Verbandes zu sichern.

Franz Kamwigau, der den älteren Genossen noch in Erinnerung sein dürfte, ist in Leipzig, seinem Geburtsort, im 62. Lebensjahre gestorben. In Leipzig war er längere Zeit bis zu seinem Tode im Vorstand des Wahlvereins tätig.

Genosse Birk in München hat sein Mandat als Gemeinderatsmitglied niedergelegt. Birk ist jetzt 66 Jahre alt, ist Reichstags- und Landtags-Abgeordneter und fühlte sich der Arbeit nicht mehr gewachsen. Er war der erste Sozialdemokrat, der im Jahre 1893 in den Münchener Gemeinderat gewählt wurde. An seine Stelle tritt als Ersatzmann der Genosse M. Bauer.

„In eigener Sache“ schreibt das „Volkblatt für Bochum“: „Das „Rh.-Westf. Tagebl.“ bringt in gestriger Nummer die Neuigkeit, daß der frühere verantwortliche Redakteur unseres Blattes, Peter Agnes, in den letzten Tagen nicht mehr verantwortlich zeichnet. Wie man jetzt erfahren habe, sei Agnes bei Nacht und Nebel mit der Frau eines bekannten Parteigenossen verschwunden. — Wir legen Wert darauf zu erklären, daß das Verhältnis zu Agnes gelöst worden, bevor er „verschwunden“ und ohne daß ein Verweis für seinen Verkehr mit gedachter Frau vorlag. Er war eben schon in dem Augenblicke für uns unmöglich geworden, wo das angeblich platonische Verhältnis uns bekannt wurde.“ — Wir wollen Agnes, der uns gänzlich unbekannt ist, nicht entschuldigen, meinen aber, daß die Liebes- oder Eheverhältnisse eines Parteigenossen unbedingt als dessen Privatangelegenheit zu betrachten wären und daß es keiner Parteiorganisation zuzukommen, hier den Sittenrichter zu spielen und

dem? — Ihre Koffer und Kisten konnten sie nicht mit in die Minen schleppen, und sie mußten wegen deren jetzt schon suchen, irgendwo ein Unterkommen zu finden.

So waren die meisten Passagiere der „Leontine“ den ganzen Nachmittag umhergelaufen, um eine sichere Niederlage für ihr Gepäck aufzutreiben, aber ohne Erfolg. Die Wirte erklärten sich allerdings bereit, das Gepäck in Verwahrung zu behalten, — aber einstecken konnten sie nicht dafür — ihm nicht einmal mehr Schutz gegen Regen geben, als das etwas zweifelhafte Bettbad gewährte. Die Lager-miete betrug trotzdem einen Dollar für einen Koffer per Monat und zwei Dollar für eine Kiste.

Aber das half nichts, — hatten sich die Leute daheim, laufende von Meilen entfernt, von Freunden und Verwandten, von allem losgerissen, an dem ihr Herz hing, so konnten sie sich hier nicht von einem Koffer oder einer Kiste festhalten lassen. In irgend einen ihnen angewiesenen Verschlag von Leinen oder Brettern wurden deshalb die verschiedenen Koffer hineingeschleppt; der Wirt stellte einen Zettel aus, daß er das und das Stück erhalten, „aber weiter nichts dafür hatte“, und fort zogen die Goldbläser in die Minen — selbst ohne Abschied von ihrem Gepäck genommen zu haben — und doch, in wie wenig Fällen sahen sie es hier wieder.

„Fort in die Minen!“ hieß der allgemeine Ruf, und die wenigen in San Franzisko damals noch erscheinenden Zeitungen steigerten die Hast mit jedem Tage durch immer neue, immer fabelhaftere Berichte frisch entdeckter Schätze. Jede Straße, die die „Goldwässer“ noch hier anstarrten mußten, hielten sie für verloren, und in rastloser Ungeduld durchzusehen sie die Stadt, als ob sie mit dem Umherwandern die Zeit selber betragen könnten. Gerade diese Tausende aber, die solcher Art ohne Beschäftigung in San Franzisko

lag als Schutzpatronin der bürgerlichen oder gar der „heiligen“ christlichen Ehe aufzuspielen.

Aus Nah und Fern.

Ein unerhörtes Urteil. Im Frühjahr fand eines abends in der „Waldföhne“ in Scheitnig bei Breslau ein Tanzabend statt. Es war ein regnerischer Abend. Gegen 1 Uhr nachts gewahrte der dort zur Bewachung der Parkanlagen z. stationierte Schuttmann zwei junge Männer mit je einem Bündel Flieder vom Park aus ihren Weg nach genanntem Lokale nehmen. Dem Schuttmann gelang es, den einen von ihnen, den Arbeiter Dinkel, zu erfassen und seine Personallisten festzustellen, während sein Begleiter entflohen. Aber auch dessen Personallisten wurden später festgestellt und die beiden erhielten je ein Strafmandat über eine Woche festerliche Entscheidung, während der andere die Einspruchfrist veräußert hatte. Vor Gericht gab Dinkel an, daß er den Flieder gekauft habe. Seine diesbezüglichen Auslassungen hielt das Gericht nicht für glaubwürdig. Es folgte den Verbündungen des Schuttmanns, nach welchem infolge des starken Regens nicht anzunehmen sei, daß nachts um 1 Uhr jemand Flieder festliefe. Außerdem führten Spuren von verlorenen oder weggeworfenen Zweigen zu einem stark beschädigten Fliederstrauch mit gleichen Blüten. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts wurde die Strafe auf einen Monat erhöht. — Wir wollen annehmen, daß der Bezirksrat das Urteil der Berufungsinstanz anruft. Es scheint wirklich, als ob das Schöffengericht sich gar nicht vorgestellt hätte, was ein Busch Flieder wert sei im Verhältnis zu dem Lohnausfall und der Freiheitsentziehung für einen ganzen Monat. Es ist wirklich notwendig, daß Arbeiter als Schöffengerichtler, dann würde nicht so mit der Freiheit und dem wirtschaftlichen Ruin der Arbeiter umgesprungen, auch wenn sie einmal Flieder gekauft haben. Womit wir allerdings keineswegs die grobe Ungehörigkeit in Schuttmann nehmen wollen, daß öffentliche Parkanlagen brutal geplündert werden.

Wie der Militarismus spart. Der Militarismus, der jährlich weit über 1000 Millionen Mark kostet und geradezu im Verschlingen von Geldern unerlässlich ist, weiß sich auch mitunter der größten Sparsamkeit zu befleißigen. Folgendes Dokument erhellt kürzlich ein köstliches Beispiel:

Passenverwaltung
I. I. Garde Regt. z. F. J. Nr. 413/05 II
Potsdam, den 8. August 1905.

Bei Ihrer Entlassung am 25. September 1899 haben Sie auf Grund des Militärstrafgesetzes die Essensbahn nicht, wie vorgeschrieben, bis Libiau, sondern nur bis Königsberg benutzt.

Die Ihnen gezahlten 50 Pf. Erschöpfungszuschuß sind daher nicht zuständig und müssen wieder zurückgezahlt werden.

Die baldige Einsendung des Betrages erlaucht in Driemärkten wird erlucht.

An den Reservisten und Stellmachersgehilfen
Herrn S.
Königsberg i. Pr.

Also nahezu sechs Jahre hat es gedauert, bis man herausbekommen, daß der Mann angeblich die 50 Pf. zu viel erhalten hat. Wieviel Mühe wird man auf die Entdeckung dieser Freveltat verwenden haben. Jeder Vaterlandsliebende aber wird stolz sein auf den Militärisismus und ihm das Lob spenden, daß er mit den Steuergroschen des Volkes sparsam umgeht. Der arme Sünder aber, der die Aufforderung zum Zahlen erhalten hat, ist dem schon nachgekommen. Vorher hatte man schon das Königsberger Bezirkskommando in dieser Sache mobil gemacht. Dieses hatte den Stellmacher zweimal inhaftiert und dieser hat zweimal die Arbeit veräußert und Schaden erlitten, da man ihn für die veräußerte Zeit nicht entschädigt hat.

Drei Jahre Gefängnis für einen Schlag! Einen überzeugenden Beweis für die absolute Notwendigkeit einer Reform des Militärstrafgesetzes hat jetzt auch das Oberkriegsgericht Leipzig erbracht. Wie fast immer in derartigen Fällen, war auch hier ein Mauth die Ursache der Vergehen, das das Militärstrafgesetzbuch mit außerordentlicher Strenge ahndet. Der Soldat Schneider vom 133. Infanterie-Regiment in Zwettau war vom 1. bis 3. Juli auf Urlaub bei seiner Braut in Plauen i. V. Da er den Zug veräußert hatte, ging er in die Stadt zurück, wo er

mit dem Bruder seiner Braut verschiedene Gastlokale ansuchte und sich schließlich bezog. In diesem Zustand dachte er nicht mehr an die Abfahrt nach Zwettau. Am einem Gastlokale kommend, begegnete er einem Unteroffizier des 134. Regiments, ohne ihn aber in vorchriftsmäßiger Weise zu grüßen. Der Unteroffizier, den Zustand des Soldaten erkennend, achtete als verständiger Mensch nicht die Unterlassung und ging weiter. Einige Minuten später machte eine Zivilperson den Unteroffizier auf die „schlechte“ Haltung des Soldaten aufmerksam, was der Unteroffizier aber ebenfalls nicht beachtete. Er drehte sich aber später doch noch einmal nach dem Soldaten um, wobei er bemerkte, daß dieser ihm mit der Faust drohte und auf ihn zu kam. Nunmehr blieb der Unteroffizier stehen und erwartete den betrunkenen Mann. Nachdem dieser an den Unteroffizier herangetreten war, versetzte er ihm mit der Hand einen Schlag ins Gesicht, worauf er mit dem abseits stehenden Bruder seiner Braut die Flucht ergriff. Schneider, die Tragweite seiner Handlung einsehend, bat seinen Freund, ihm dessen Visitenkarte zu geben, damit er entfliehen könne. Der Freund war einverstanden und wechselte mit dem Soldaten seinen Mod. Diesen Vorgang beobachteten aber einige Kinder, die ihn einem Schuttmann mitteilten, der hinzulam und Schneider wegen Urteilsüberschreitung verhaftete. Auch der Unteroffizier erstattete Anzeige, und am 2. August wurde Schneider vom Kriegsgericht zu Chemnitz wegen Urteilsüberschreitung, tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und Ungehörigkeit zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen dieses überaus harten Urteils legte der unglückliche Verurteilte beim Oberkriegsgericht in Leipzig ein. Dieses verwarf aber die Berufung. Es sah ebenfalls in der Tat des Verurteilten, obwohl der Mann in trunkenem Zustande sich befunden hatte, einen sogenannten schweren Fall. — Der arme Tölpel, der von seinem Kompagnieschef als ein guter, tüchtiger Soldat beurteilt worden war, muß also die im Kauf begangene Handlung mit drei Jahren Gefängnis büßen — einer Strafe, die ihn zweifellos seine Gesundheit kosten wird. Dieser Fall demonstriert, wie gesagt, wieder, um sehr einbringlich, wie notwendig eine Reform des Strafgesetzes ist, der mehr als bisher unsere Agitation zu gelten haben wird.

Ein Abend in San Franzisko.

Die Nacht brach an, und wie sich in jenen Ländern gleich nach Sonnenuntergang die Dunkelheit rasch und fast plötzlich auf die Erde legt, so unterbrach sie auch hier das geschäftige Treiben der Menge. Die Karren verschwanden; die Lastträger, die meist mit ihrem eigenen Gepäck, durch die Straßen geleuchtet waren, brachten ihre Bürden unter, so gut das in der Eile ging, und die hell erleuchteten Spiel-salons der Plaza sandten jetzt ihren vollen strahlenden Glanz durch die geöffneten Türen ins Freie. Lachte sie mit diesem doch jetzt mehr Menschen heran, als in dem hellen Tageslicht, wo die Meisten überdies andere Beschäftigung hatten. Jetzt war fast jeder frei, und in die zurückgeschlagenen Bette und geöffneten Pforten strömten Scharen von Menschen.

mit dem Bruder seiner Braut verschiedene Gastlokale ansuchte und sich schließlich bezog. In diesem Zustand dachte er nicht mehr an die Abfahrt nach Zwettau. Am einem Gastlokale kommend, begegnete er einem Unteroffizier des 134. Regiments, ohne ihn aber in vorchriftsmäßiger Weise zu grüßen. Der Unteroffizier, den Zustand des Soldaten erkennend, achtete als verständiger Mensch nicht die Unterlassung und ging weiter. Einige Minuten später machte eine Zivilperson den Unteroffizier auf die „schlechte“ Haltung des Soldaten aufmerksam, was der Unteroffizier aber ebenfalls nicht beachtete. Er drehte sich aber später doch noch einmal nach dem Soldaten um, wobei er bemerkte, daß dieser ihm mit der Faust drohte und auf ihn zu kam. Nunmehr blieb der Unteroffizier stehen und erwartete den betrunkenen Mann. Nachdem dieser an den Unteroffizier herangetreten war, versetzte er ihm mit der Hand einen Schlag ins Gesicht, worauf er mit dem abseits stehenden Bruder seiner Braut die Flucht ergriff. Schneider, die Tragweite seiner Handlung einsehend, bat seinen Freund, ihm dessen Visitenkarte zu geben, damit er entfliehen könne. Der Freund war einverstanden und wechselte mit dem Soldaten seinen Mod. Diesen Vorgang beobachteten aber einige Kinder, die ihn einem Schuttmann mitteilten, der hinzulam und Schneider wegen Urteilsüberschreitung verhaftete. Auch der Unteroffizier erstattete Anzeige, und am 2. August wurde Schneider vom Kriegsgericht zu Chemnitz wegen Urteilsüberschreitung, tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und Ungehörigkeit zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen dieses überaus harten Urteils legte der unglückliche Verurteilte beim Oberkriegsgericht in Leipzig ein. Dieses verwarf aber die Berufung. Es sah ebenfalls in der Tat des Verurteilten, obwohl der Mann in trunkenem Zustande sich befunden hatte, einen sogenannten schweren Fall. — Der arme Tölpel, der von seinem Kompagnieschef als ein guter, tüchtiger Soldat beurteilt worden war, muß also die im Kauf begangene Handlung mit drei Jahren Gefängnis büßen — einer Strafe, die ihn zweifellos seine Gesundheit kosten wird. Dieser Fall demonstriert, wie gesagt, wieder, um sehr einbringlich, wie notwendig eine Reform des Strafgesetzes ist, der mehr als bisher unsere Agitation zu gelten haben wird.

Eine nachträgliche Krupp-Affäre? In Essen ist der stellunglose Diener Pelludat wegen verachteter Gepresung verhaftet worden. Pelludat war früher in vornehmen Häusern in Charlottenburg in Stellung. Er begab sich aber vor kurzem nach Essen, um von der Frau Krupp Geld zu erpressen, unter der Angabe, daß er von ihrem verstorbenen Gatten Briefe besäße, die diesen in gewisser Beziehung schwer belasteten. Pelludat wurde im Hotel Royal in Essen, in dem er abgeblieben war, vermutlich auf Veranlassung der Frau Krupp verhaftet.

Selbstmord am Hochzeitstage. Ein furchtbares Drama spielte sich in dem hart an der sächsischen Grenze gelegenen Orte Ritzgersdorf bei Bodenbach ab. Ein junger Mann, der Schlosser Wenzel Fritzsche, der mit seiner Braut Anna Wojensky getraut worden war, übte sie aus noch nicht aufgeklärten Gründen durch zwei Revolverschläge und erschoss sich dann selbst. Wie erzählt wird, war es bei der Hochzeitstafel unter den Angehörigen des jungen Paares zu einem Wortwechsel gekommen, über den sich der junge Mann verärgert habe, daß er einen Revolver hervorzog und ihn seiner Mutter mit der Erklärung zeigte, daß er, falls man ihn hindern würde, alle erschließen würde. Er begab sich dann mit seiner jungen Frau in seine Wohnung, die er hinter sich schloß. Kurz darauf hörte man die Stimme der Frau, die heraustrif, Fritzsche habe vor der Tür seinen Eherring verloren. Die Verwandten begannen nun im Vorraum nach dem Ringe zu suchen. In dem Augenblicke erblickten drei Schüsse. Die erschreckten Sucher, darunter auch beide Eltern Fritzsches, sprangen sofort die Tür auf und fanden beide im Hochzeitstaate blutüberströmt am Fußboden liegen. Der unglücklichen jungen Frau waren die zwei Augen in die Brust gedrungen, und sie starb in einer Stunde, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Fritzsche selbst, der einen Schuß gegen seine Schläfe abgefeuert hatte, war sofort tot.

Eternshaus-Viehmarkt.

Hamburg, 30. August

Der Schweinehandel verlief gut. Zufuhr wurden 38 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — 111, Versandtschweine, schwere 68—69 Mk., leichte 67—68 Mk., Sauen 62—66 Mk. und Ferkel 63—67 Mk. pro 100 Pfund.

Das Parterhaus, das zu jener Zeit den geräumigsten und bestbekleideten Saal aufwies, strahlte besonders in heller, lichter Pracht, und um sämtliche Spielstische — deren jeder einzelne einen enormen Paß zahlte — mußte — drängten sich Leute, und hier galt weder Rang noch Stand — nur Gold. Wieder kreuzten dazu oben auf dem Orchester die Blöten, schmetterten die Trompeten und donnerten die Pauken, und durch den weiten, menschengesüllten Saal lief das dumpfe Murmeln der Menge, Klang der Laut der springenden Münzen, und tönte manchmal der gellende Jubelschrei eines glücklichen Spielers, oder der lästerliche Fluch eines Verlierenden. Zuweilen knallte auch ein Champagnerpfropf dazwischen — leicht gewonnenes Geld mußte auch leicht vergeudet werden — und die Gläser der Lebenden klirrten zusammen. Aber den Gang des Spiels konnte das nicht unterbrechen, und den alten abgefeimten Spielern war das sogar ein angenehmer Ton. Die Leute, die dort ihr Geld verpraßten, glaubten, sie hätten es gewonnen, und doch war es nur geborgt, denn in einer Stunde brachten sie es, den Feuerwein in ihren Wehren, gewiß mit Bins und Binszins an die Bank zurück.

Mitten durch diese Tische, weder das Spiel noch den Saal selber weiter eines Blickes würdigend, drängte sich ein Mann und schon die Hast, mit der er es tat, fiel hier um so mehr auf, da niemand Alle hatte. Man war hier eben heringekommen, den Abend zu verbringen, und Schritt für Schritt alle Augenblicke an einer oder der anderen Stelle Halt machend, wogte der Menschenwärme auf und ab im Saal. Wer da schneller vorwärts wollte als die Uebrigen, mußte natürlich die ganze Ordnung stören.

(Fortsetzung folgt.)